

KIEZECHO

Friedrichshainer Kiezzeitung

Was war da los in der Karl-Marx-Allee?

Ruhig ist es geworden in der Prachtallee mit den einstigen sozialistischen Prestigebauten aus den 50er Jahren. Von den anfangs so vielen Bannern und Protestfächchen in rot und gelb ist nicht mehr viel zu sehen. Alles geht seinen normalen Gang. Und wenn man es nicht besser wüsste, könnte man annehmen, dass hier in den letzten zwölf Monaten nichts weiter passiert ist. Doch was war da los? Im November letzten Jahres bekamen alle Mieter*innen der Blöcke C-Süd, C-Nord, D-Süd und D-Nord ein Schreiben nachdem der Eigentümer Predac an die Deutsche Wohnen verkaufen werde. Später wurde bekannt, dass der Block F-Nord ebenfalls an Deutsche Wohnen gehen solle.

> Weiterlesen auf S. 3



WACHSENDER WIDERSTAND

Unterschriften für eine Volksinitiative gegen die Umsetzung des »Bebauungsplan Ostkreuz« an das Abgeordnetenhaus Berlins ausgehändigt. > Weiterlesen auf S.10

Der Kampf um die Rummelsburger Bucht geht weiter

An der Rummelsburger Bucht setzen sich viele AktivistInnen für eine neue Gestaltung ein, die den Bedürfnissen der AnwohnerInnen, zum Beispiel nach preiswertem Wohnungsraum, besser entspricht, als die Pläne des Bezirkes Lichtenberg. Jedoch hat am 29. April 2019 die BVV-Lichtenberg in einer von Protesten begleiteten Sonder-sitzung den ursprünglichen Bebauungsplan mit der Yuppiesattraktion »Coral World« beschlossen. Die Initiative »Bucht für Alle« hat Ende September 2019 knapp 35.000



Drei Jahre Widerstand gegen die CG-Gruppe im Nordkiez von Friedrichshain

Unsere Schwerpunktarbeit richtete sich auf die Verhinderung des CG-Projekts in der Rigaer Straße 71-73. Der unmittelbare Anlass unseres Engagements war der Abriss der denkmalgeschützten Basalthäuser, die bis 2016 auf dem Gelände standen. In einer Nacht- und Nebelaktion wollte der Eigentümer des Grundstücks Christoph Gröner im wahrsten Sinne Fakten schaffen. > Weiterlesen auf S.5

Liebig34 bleibt

Ein Gespräch mit den Bewohner*innen im Hausprojekt Liebig34 über ihren Kampf gegen Verdrängung, Vereinzelung und für feministische Selbstorganisation in unserer Nachbar*innenschaft. > Weiterlesen auf S. 7



Inhalt Ausgabe #1

TITEL	THEMEN
3 Was war da los in der Karl-Marx-Allee? Wir werfen einen Blick auf die Erfolge der Mieter*inneninitiative, die Möglichkeit der Rekommunalisierung und die Trägheit der Landespolitiker*innen	12 Kinderbetreuung in Berlin ist ein Probleme mit System Wir sprachen mit Paula über ihren Arbeitsalltag, ihren Beruf und die Erziehungsbedingungen für die Kinder in einer AWO KiTa in Friedrichshain
5 Drei Jahre Widerstand gegen die CG-Gruppe im Nordkiez von Friedrichshain Eine Reportage über weitere Fälle von Verdrängung in unserem Kiez und den Widerstand der Anwohner*innen dagegen	14 Bericht eines Pflegers über den Arbeitsalltag im Vivantes-Klinikum im Friedrichshain Ein scharfer Blick auf Dauerstress und kollektive Erfahrungen
7 Das Hausprojekt Liebig34 kämpft um seinen Erhalt Ein Gespräch mit den Bewohner*innen im Hausprojekt Liebig34 über ihren Kampf gegen Verdrängung, Vereinzelung und für feministische Selbstorganisation in unserer Nachbar*innenschaft	16 Buchvorstellung »Mieterkämpfe. Vom Kaiserreich bis heute – Das Beispiel Berlin« von Philipp Mattern (Hg.)
10 Der Kampf um die Rummelsburger Bucht geht weiter Viele AktivistInnen setzen sich für eine neue Gestaltung des Areals ein	17 Schafft eins, zwei, drei, viele Kiezkommunen! Ausgangspunkte einer neuen Kultur und neuer Ideen, die der kapitalistischen Vereinzelung starke gesellschaftliche Kollektive entgegengesetzt
	18 Wer nicht untersucht, hat kein Recht mitzureden! Eine Einführung in die Militante Untersuchung
	20 Ein Plädoyer für die »Solidarische Landwirtschaft« Wir berichten über solidarische Lebens- und Wirtschaftsweisen in Berlin und Brandenburg
	24 Termine • Monatliche Nachbar*innenversammlung • Monatliches Kiezkino • Besondere Termine und Aktionen

Auftakt

Liebe Leser*innen,

es ist soweit. Ihr haltet die erste Ausgabe unserer Zeitung »Kiezecho« in der Hand. Unser Ziel ist es, quartalsweise über Themen zu informieren die unseren Bezirk und unsere Kieze betreffen. Themen, wie die Geschehnisse in der Karl-Marx-Allee oder Arbeitskämpfe unserer Nachbar*innen, sowie Interviews mit Menschen aus dem Kiez und Zeitzeugen, welche berichten können wie das Leben jetzt und früher auf unseren Straßen so spielte. Eine Zeitung von uns, für uns also.

Die Idee entstand aus dem Wunsch heraus, wieder mehr Kommunalität in unserer Nachbar*innenschaft zu erwecken. Die meisten von uns kennen kaum die Menschen mit denen sie jahrelang Tür an Tür oder in derselben Straße leben, geschweige denn die Schicksale derer, die in unserer unmittelbaren Umgebung Erfolge oder Niederlagen erleben. Meistens wissen wir mittlerweile mehr über das große Weltgeschehen, als darüber was vor unserer eigenen Haustür geschieht. Ohne dieses Wissen können wir jedoch nicht zusammenstehen und solidarisch sein, wenn mal wieder Großinvestoren und die hiesige Politik auf dem Reißbrett unseren Lebensraum zu ihren Gunsten verändern.

Wir sind überzeugt davon, dass ein unkommerzielles Projekt wie dieses, einen Teil dazu beitragen kann, in unserer Nachbar*innenschaft etwas zu verändern. Wir sehen uns in der Tradition sozialer Kämpfe der Vergangenheit und Gegenwart und haben einen klar antirassistischen und antifaschistischen Grundsatz. Wir bieten keiner menschenverachtenden Ideologie Raum und setzen uns für Vielfaltigkeit und Basisdemokratie ein.

Wir alle machen diese Arbeit zum ersten Mal und brauchen etwas Zeit um einen Rhythmus zu finden. Mit Sicherheit werden wir den ein oder anderen Fehler machen. Wir freuen uns sehr über Hinweise, Verbesserungsvorschläge und Resonanz. Bitte schreibt uns was Euch auf dem Herzen liegt!

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen! ☆

Kontakt

E-Mail: friedrichshain@kiezkommune.org
 Blog: kiezkommune.noblogs.org

Was war da los in der Karl-Marx-Allee?

Wir werfen einen Blick auf die Erfolge der Mieter*inneninitiative, die Möglichkeit der Rekommunalisierung und die Trägheit der Landespolitiker*innen.

Ecka Lux

Ruhig ist es geworden in der Prachtallee mit den einstigen sozialistischen Prestigebauten aus den 50er Jahren. Von den anfangs so vielen Bannern und Protestfähnchen in rot und gelb ist nicht mehr viel zu sehen. Alles geht seinen normalen Gang. Und wenn man es nicht besser wüsste, könnte man annehmen, dass hier in den letzten zwölf Monaten nichts weiter passiert ist. Doch was war da los? Im November letzten Jahres bekamen alle Mieter*innen der Blöcke C-Süd, C-Nord, D-Süd und D-Nord ein Schreiben nachdem der Eigentümer Predac an die Deutsche Wohnen verkaufen werde. Später wurde bekannt, dass der Block F-Nord ebenfalls an Deutsche Wohnen gehen solle. Nach breitem Protest der Anwohner*innen schalteten sich Bezirk und Senat ein und brachten die Möglichkeit der Rekommunalisierung ins Spiel.

Milieuschutz und Rekommunalisierung

Der im Milieuschutzgebiet Weberwiese liegende Block D-Süd konnte, durch das bezirkliche Vorkaufsrecht, der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) in kommunale Hand zurückgekauft werden. Für den Block F-Nord erstritt das Land Berlin eine einstweilige Verfügung, durch die der Verkauf bis heute verhindert wurde. Wie die Zukunft für diesen Block aussieht, ist allerdings noch ungewiss. Die rechtliche Lage wird weiter geprüft. Bei den drei übrigen Blöcken gestaltete es sich schwieriger. Nach unfairen Praktiken den Mieter*innen gegenüber, wie u.a. der Ablauf einer Frist am 5. Januar, also über Weihnachten und Neujahr, setzte das Land Berlin ebenfalls eine einstweilige Verfügung durch. Diese wurde



Rebellion in der Karl-Marx-Allee: An einem Wohnblock hängen Transparente um gegen den Verkauf zu protestieren

allerdings, in zweiter Instanz, wieder gekippt. Das Gericht stellte hierbei jedoch fest, dass eine Reihe von Verfahrensfehlern beim Verkauf vorlagen und somit keine rechtliche Grundlage für den Beginn dieser Frist gegeben sei.

Den Bewohner*innen wurde angeboten, über ein speziell entwickeltes Modell dem »gestreckten Erwerb«, das eigene Vorkaufsrecht zu nutzen und quasi gleichzeitig an die städtische Gesellschaft Gewobag abzutreten. Hierbei wurde garantiert, dass alle aufkommenden Kosten, wie Grunderwerbssteuer und Notargebühren, über den Kaufpreis der Gewobag ausgeglichen würden. Eine zweite Möglichkeit bestand darin, über einen Kredit mit speziellen Konditionen der Investitionsbank Berlin (IBB), ihre jeweilige Wohnung selbst zu

kaufen. Innerhalb einer dafür gesetzten Frist, wurde versucht, mit diesem Modell die Bewohner*innen dazu zu bewegen, in der Mehrheit die Mieteinheiten so vor der Übernahme der Deutsche Wohnen zu retten. Nach Ablauf dieser Frist gingen ca. 46,5% Anteile an die Gewobag, sowie nach Schätzungen ca. 50 Wohnungen in private Hand. Die knappe Mehrzahl wäre also an Deutsche Wohnen gegangen, jedoch konnte nach weiteren Verhandlungen der Stadt mit Deutsche Wohnen, kürzlich eine komplette Übernahme der 670 Wohnungen bestätigt werden. Deutsche Wohnen zieht also ihr Kaufinteresse zurück. Wie es dazu gekommen ist, lässt Raum für Spekulationen, aber sicher ist, dass eine nur rund 50% Beteiligung an Mietshäusern keine optimale Bedingung für die gnadenlose Ausbeutung dieser darstellt.

Deutsche Wohnen – Miese Wohnungen für Mieter*innen und massive Profite für Investoren

»Kein Boulevard für die Reichen, sondern Paläste für Arbeiter*innen.«

Die Deutsche Wohnen ist bekannt

für ihre kruden Machenschaften und ihre gewinnorientierte Firmenpolitik, bei der das Wohl der Mieter*innen an letzter Stelle steht. Sie lässt ganze Siedlungen verkommen und Ihre Mieter*innen mit baulichen Mängeln, Feuchtigkeit und Schimmel allein. Sie vergibt im großen Stil Aufträge an Tochterfirmen, erhöht die Nebenkosten um ein Vielfaches und wirtschaftet so in die eigene Tasche. Die Berliner MieterGemeinschaft schrieb im MieterEcho online am 26.03.19, dass nach eigenen Aussagen die Deutsche Wohnen ihren Gewinn 2018 um 11% auf 480 Millionen Euro steigern konnte. Unter Einbeziehung der Wertsteigerung des Bestandes wohl sogar auf knapp 1,9 Milliarden Euro. Vor allem kämen die wachsenden Gewinne aus den steigenden Mieten in Berlin und die gleichzeitig sehr geringen Ausgaben für Instandhaltungen, welche nicht auf die Miete umgelegt werden können. Laut rbb24 beschwerte sich kürzlich der Deutsche Wohnen- Finanzchef Philip Grosse über den zu niedrig angesetzten aktuellen Mietspiegel für Berlin, welcher zeigt, dass die Nettokaltmieten zwischen 2017 und 2019 um 2,5 % gestiegen sind. Diese Verlangsamung des Anstieges passt Grosse nicht, laut ihm wäre ein Anstieg um 10 % deutlich realistischer.

Wie abgehoben und realitätsfremd Menschen wie Philip Grosse sind, lässt sich kaum in Worte fassen. Er spielt mit den Wohn- und Lebenssituationen vieler Menschen um ganz nach aktueller wirtschaftlicher Rechtsgrundlage den Gewinn seines Konzerns, ohne soziale oder ökologische Maßstäbe zu vervielfältigen. Die so gewonnenen Mittel werden nur in geringem Maße für die Schaffung von neuem Wohnraum, Renovierung oder Sanierung verwendet und zum Großteil der Gemeinschaft entzogen.

Paläste für Arbeiter*innen

An dieser Stelle wollen wir auch daran erinnern dass die Karl-Marx-Allee der erste Anlauf für den Aufbau einer sozialistischen Stadt in Deutschland gewesen ist. Die Idee dieses Stadtmodells beruht darauf das private Grundeigentum, das heute unsere Kieze zerrüttet, zugunsten einer Planung für das Allgemeinwohl zu ersetzen. Damit



Demonstration gegen den Mietenwahnsinn und für die Enteignung von börsenorientierten Investoren wie der Deutsche Wohnen

sollte auch die sozialräumliche Segregation, also die Existenz von »armen« und »reichen« Stadtteilen überwunden werden. »Der letzte große europäische Boulevard, der gebaut wurde«, sagte der italienische Architekt Aldo Rossi über die Karl-Marx-Allee. Aber sie war kein Boulevard für die Reichen, sondern Paläste für die Arbeiter*innen.

Deutsche Wohnen enteignen

Die Stadtpolitik der Berliner Parteien trägt eine Hauptschuld an der jetzigen Situation. Zum einen, weil sie in den 90er Jahren viele städtische Wohneinheiten und Grundstücke in die Privatwirtschaft verkauft hat, wie auch im Falle der Karl-Marx-Allee. Und zum anderen, weil sie es ohne erheblichen Druck der Anwohner*innen nicht schafft, eigenständig Wohnungen und Häuser den Miethaien und Konzernen zu entziehen. Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Die Linke) bestätigte der »Berliner Woche«, dass die besagten Blöcke zu einem früheren Zeitpunkt der städtischen Gesellschaft WBM angeboten wurden. Jedoch hielt es niemand für notwendig hier zu handeln. Was bei dieser Debatte

zumeist außen vorgelassen wurde, ist die Enteignungsfrage. Ob im eigentlichen Sinne oder die Varianten

»Die Deutsche Wohnen spielt mit den Wohn- und Lebenssituationen vieler Menschen um ganz nach aktueller wirtschaftlicher Rechtsgrundlage den Gewinn des Konzerns, ohne soziale oder ökologische Maßstäbe zu vervielfältigen.«

der Kampagne »Deutsche Wohnen und Co enteignen«, bei der es eher um einen erzwungenen Rückkauf von Beständen großer Wohnkonzerne mit öffentlichen Mitteln geht. Hierbei soll die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) Bestandteil sein.

Nach den Forderungen der Kampagne würde sich die AöR um die nach Artikel 15 des Grundgesetzes in Gemeineigentum überführten Bestände, unter mehrheitlich demokratischer Beteiligung von Stadtgesellschaft und Mieter*innen, um die Verwaltung kümmern.

Selbstorganisation der Bürger*innen statt Landespolitik

Dies wäre durchaus ein denkbare Szenario und vor allem ein Stück sicherer vor dem erneuten Verkauf in die Privatwirtschaft. Denn obwohl die beteiligten Politiker*innen wie z.B. Baustadtrat Florian Schmidt (Bündnis 90/Die Grünen) gerne betonen, dass sich die Mieter*innen nach der Rekommunalisierung in Sicherheit wiegen könnten, kann niemand garantieren, dass es

in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren nicht wieder zum Ausverkauf der städtischen Bestände kommt. Den hiesigen Parteien zu vertrauen ist ein Weg, an dessen Ende jedes Mal aufs Neue Enttäuschung wartet. Denn genauso, wie sie allesamt, keine Verantwortung für das Handeln ihrer Parteien in vergangenen Legislaturperioden übernehmen, können sie ebenso wenig die Stabilität ihrer Interessen in der Zukunft garantieren. Nur die Selbstorganisation der Häuser durch die Menschen, die in ihnen wohnen, wird schlussendlich dazu führen, dass mit Wohnraum nicht

mehr spekuliert werden kann. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Lasst ihn uns gehen!

Gegen die Stadt der Reichen

Wir erkennen also an der Situation der Karl-Marx-Allee, dass die hiesige Stadtpolitik durchaus im Stande ist einzuschreiten und sich innerhalb ihrer Grenzen kreative Möglichkeiten auszudenken. Es bedarf jedoch dem Gemeinwohl zugeneigte Personalien, die eher seltener in den Ämtern vertreten sind und welche erst nach breitem

Engagement Betroffener anfangen zu handeln. Obwohl alle Beteiligten positiv auf das Ende dieses Prozesses schauen, herrscht laut dem Mieterbeirat der Karl-Marx-Allee, noch heftiger politischer Gegenwind von u.a. der CDU. Der Mieterbeirat schätzt den abschließenden Prozess als kompliziert und komplex ein, somit ist das letzte Wort wohl noch nicht gesprochen. ☆

Drei Jahre Widerstand gegen die CG-Gruppe im Nordkiez von Friedrichshain

Dieser Beitrag kommt von Mieter*innen aus dem Friedrichshainer Nordkiez, die seit 2016 in der Aktionsgruppe Rigaer Straße 71-73 aktiv sind.

Aktive aus der AG Rigaer Straße 71 - 73

Unsere Schwerpunktarbeit richtete sich, wie schon im Namen feststellbar, auf die Verhinderung des CG-Projekts in der Rigaer Straße 71-73. Der unmittelbare Anlass unseres Engagements war der Abriss der denkmalgeschützten Basalthäuser, die bis 2016 auf dem Gelände standen. In einer Nacht- und Nebelaktion wollte der Eigentümer des Grundstücks Christoph Gröner im wahrsten Sinne Fakten schaffen. Er wollte damit dokumentieren, dass ihn weder Denkmalschutz noch Nachbarschaftsprotest davon abhalten kann, an der Stelle ein Nobelprojekt für Besserverdienende zu errichten.

Scheppern der Anwohner*innen gegen das CG-Projekt in der Rigaer Straße 71-73

Doch mit der arroganten Haltung provozierte Gröner zunächst weitere Proteste in der Nachbarschaft. Seit Januar 2016 versammelten sich täglich zwischen 19 und 19:15 Uhr Anwohner*innen mit Pfannen, Töpfen und anderen krachmachenden Gegenständen vor der Rigaer Straße 71 -73

und schepperten gegen die CG-Gruppe. Diese tägliche niedrigschwellige Protestaktion mitten im tiefsten Winter begann die Medien zu interessieren, als sie merkten, dass die Nachbar*innen tatsächlich Ausdauer hatten. Der Winternebel verzog sich, es wurde Frühling und die Schepperaktionen zogen sich in die Länge und es kamen Nachbar*innen auch von weiter weg dazu. Doch je mehr die Baustelle wuchs, desto schwieriger war es, neue Mitschepper*innen zu gewinnen. Die unmittelbaren Nachbar*innen wachen schon unfreiwillig durch den Baustellen Lärm auf. Daher waren sie nicht erfreut, als wir dann um 19 Uhr

noch mal Lärm machen, sagten uns manche, die anfangs mitgescheppert hatten. Nachdem für die Baustelle die gesamte Rigaer Straße gesperrt war, wuchs noch mal die Protestbereitschaft. Doch gleichzeitig veränderte sich die Debatte. Nicht mehr die Verhinderung

des Projekts, sondern die Wiederöffnung der Straße stand dann im Mittelpunkt. Das war das Interesse der kleinen Läden und Restaurants, die durch die Baustelle und die Sperrung Kund*innen und Umsätze verloren.

CG das bedeutet Verdrängung

Während die Vorstellung eines Baustopps des CG-Projekts kaum noch vermittelbar ist, zeigen sich gleichzeitig die Folgen des Projekts. Wir haben von Anfang an gesagt, CG-Gruppe bedeutet Verdrängung. Und wir hatten allen Grund. Denn das CG-Projekt ist ein Motor der Verdrän-

gung von Menschen mit wenig Geld im Nordkiez. Dafür stehen Christoph Gröner und die nach seinen Initialen benannte CG-Gruppe. »Immobilien sind für uns eine Weltanschauung«, lautet der Unternehmensslogan. Wenn es um die Zielgruppe geht, die in den

»Wir sollten Nachbar*innen motivieren, sich gegen Verdrängung zu wehren, wir sollten Kündigungsprozesse solidarisch begleiten, Kundgebungen im Kiez organisieren und auch versuchen, Zwangsräumungen zu verhindern.«



Anwohner*innen in der Samariterstraße 8 protestieren gegen ihre explodierenden Mieten

von der CG-Group gebauten Häusern wohnen sollen, wird weniger kryptisch formuliert. »Wer in Tokio arbeitet und in zwei Wochen einen neuen Job in Berlin antreten soll, hat gar keine Zeit, sich vorher Wohnungen anzuschauen. Die Vermarktungs- und Vermietungsprozesse müssen also so gestaltet sein, dass alle Schritte von der Suche bis zum Einzug komplett abgewickelt werden können« erklärt Oliver Wolf aus dem CG-Group-Management. Die Zielgruppe der CG-Group ist also vor allen die junge, flexible Schicht von Managern aus dem Bereichen Wirtschaft, Politik und Kunst. Auf den Fotos und den Videos der CG-Group sind Loft zu sehen, die ganz auf die Bedürfnisse einer Schicht zugeschnitten sind, die in Berlin von Wirtschaft und Politik umworben wird. Die Menschen, die aktuell noch mehrheitlich rund um die Rigaer Straße leben, sieht man dort nicht.

Verdrängung hat schon begonnen
aber der Widerstand geht weiter

Schon vor der Fertigstellung des CG-Projekts hat diese Verdrängung begonnen. In den letzten Monaten sind rings um das Projekt die Mieten gestiegen, aber es wehren sich unabhängig von dem CG-Projekt Mieter*innen dagegen. Ein Beispiel ist die Samariterstraße 8.

Aus mehreren Fenstern des Hauses hängen seit Monaten Transparente mit zwei Zahlen, die mehr als viele Worte sagen. »Miete vorher 700 Euro – Miete nachher 1700 Euro«. Die Mieter*innen, die teilweise mehrere Jahrzehnte in dem Haus wohnten, sind im März 2019 an die Öffentlichkeit gegangen, nachdem bekannt wurde, dass die Immobilienfirma Fortis Group das Haus gekauft hat. Die Eigenbedarfskündigung einer Mieterin in einem Nachbarhaus der Baustelle ist ein weiteres Beispiel für Verdrängung und Widerstand. Die Mieter*innen hat Nachbar*innen um Unterstützung gebeten, die zwei Räumungsprozesse solidarisch begleiteten. Am 18. November gab es einen erneuten Gerichtstermin beim Amtsgericht Kreuzberg-Friedrichshain in der Möckernstraße 130. Auch er wurde solidarisch begleitet. Einige Läden in der Nähe der Baustelle, wie der Imbiss in der Samariterstraße 8 sind bereits ge-

schlossen, weil die Miete gestiegen ist. Die Betroffenen haben unterschiedliche Eigentümer*innen und so wird sich für manche der Zusammenhang zur CG-Gruppe nicht immer gleich erschließen. Aber den Zusammenhang haben immer wieder einzelne aus der Gruppe hergestellt, beispielsweise bei der Kundgebung »Solidarität mit Lene« oder beim Straßenfest der Samariterstraße 8. Es wird auch in Zukunft weitere Fälle von Verdrängung und auch Widerstand im Kiez geben. Es wäre daher eine Perspektive, wenn wir darauf unser Augenmerk richten. Wir sollten Nachbar*innen motivieren, sich gegen Verdrängung zu wehren, wir sollten Kündigungsprozesse solidarisch begleiten, Kundgebungen im Kiez organisieren und auch versuchen, Zwangsräumungen zu verhindern. ☆

»Das CG-Projekt ist ein Motor der Verdrängung von Menschen mit wenig Geld im Nordkiez.«

Das Hausprojekt Liebig34 kämpft um seinen Erhalt

Ein Gespräch mit den Bewohner*innen Mira und Malu im Hausprojekt Liebig34 über ihren Kampf gegen Verdrängung, Vereinzelung und für feministische Selbstorganisation in unserer Nachbar*innenschaft.

Ein Interview von Sandrine Oliveira und Anton Hoffmann

Könnt Ihr Euch bitte unseren Leser*innen und die Liebig34 vorstellen? Was hat Euch bewegt dort einzuziehen?

Mira: Ich wohne seit anderthalb Jahren in der Liebig34. Ich bin dort eingezogen, weil ich die Erfahrung machen will mich feministisch-autonom mit Menschen in meinem Alltag zu organisieren und nicht nur in einzelnen Gruppen, in denen ich mich ohnehin schon organisiere. Dann hat mich auch schon sehr lange das Haus interessiert, denn ich wohne im Kiez schon seit über zehn Jahren. Aber am Anfang war die Liebig34 für mich immer eine Hemmschwelle, weil ich gedacht habe das ist nur ein »Szene-ding«. Inzwischen ist mir bewusst, dass es das überhaupt nicht ist. Also bei mir war es dieses Eigeninteresse mich selbst zu organisieren in meinem Alltag. Aber darüber hinaus war es auch klar, dass das Haus bald den Gerichtsprozess wegen der Räumungsklage haben wird. Für mich war das Haus auch ein wichtiger Ort um mich weiter zu politisieren. Früher habe ich gelegentlich als Besucherin die Bar und Veranstaltungen besucht. Deshalb wurde es für mich sehr wichtig mich dafür einzusetzen, dass das Haus nicht einfach geräumt wird. Und das geht am Besten wenn ich da wohne.

Malu: Ich wohne seit einem Jahr im Hausprojekt Liebig34. Bei mir sind es ganz ähnliche Gründe wie bei Mira. Ich kannte am Anfang den Kiez noch nicht ganz so genau, hatte aber eine große Neugier mich so zu organisieren und so zu leben.

Die Liebig34 hat ja eine längere Geschichte von schon fast 20 Jahren. Könnt Ihr unseren Leser*innen bitte erklären was die Liebig34 ist und wie sie entstanden ist?

Die Liebig34 ist ein selbstorganisiertes anarcho-queer-feministisches Hausprojekt und wurde 1990 besetzt. In diesem Jahr ist die Mauer gefallen und es gab eine Art »Machtvakuum« in Ostber-

lin. Denn nach dem 9. November 1989 existierte zwar noch die Volkspolizei, diese versuchte aber sich relevanteren Delikten wie Körperverletzung, Mord oder ähnlichem zu widmen. Die Westpolizei hatte vor der Wiedervereinigung am 3. November 1990 noch keine Befugnisse im Osten. Deshalb konnte die Berliner Linie, die im Westen seit 1981 Neubesetzungen massiv erschwerte, im Osten nicht durchgesetzt werden. Dieser Zustand hat bis zum 3. Oktober 1990, dem Tag der Wiedervereinigung andauert. In diesem Zeitraum hatte Besetzer*innen freie Hand und während in Westberlin extremer Wohnungsmangel herrschte, wurden im Osten, unter anderem in unserem Kiez sehr viele Häuser besetzt. Einige Häuser aus der Zeit werden noch von Projektgruppen bewohnt, die Eigentumsverhältnisse sind unterschiedlich. Die Liebig34 wurde Ende der 90er ein Frauen*-Lesben-Haus. Die Bewohner*innenschaft und Selbstbezeichnung des Hauses hat sich parallel zu feministischen Diskussionen entwickelt. Heute definiert sich das Haus ohne cis-Männer zu wohnen. Neben dem Wohnbereich gibt es unten die »Liebig-Bar« sowie den Infoladen »Daneben«. Beides sind öffentliche Räume in

denen Veranstaltungen stattfinden und Magazine zum Lesen und Informieren ausliegen. Nach 1990 wurde das Haus wie alle anderen auch erst einmal von der WBF, also der Wohnungsbaugenossenschaft Friedrichshain, verwaltet. Denn vorher war es ja Staatseigentum der DDR gewesen. Ziel war die Häuser den »rechtmäßigen« Eigentümer*innen zurückzübergeben. Unser Haus hatte vor dem dritten Reich jüdischen Menschen gehörte, welche im Faschismus enteignet wurden. An die Nachkommen dieser Familie wurde das Haus im Laufe der 1990er Jahre rückübergeben. Es gab sechs Erbgemeinschaften, welche das Haus verkaufen wollten. 2007 gab es Bemühungen von dem damaligen Liebig34-Kollektiv das Haus selber zu

Aktuelle Nachrichten aus der Liebig34 auf Twitter:
twitter.com/Liebig34Liebig

Blog:
liebig34.blogspot.de

Queer-feministisches Cafe:
cosycoldkitchentalks.noblogs.org

Liebig34 presents: CosyColdKitchenTalks – soft words in rough times



erwerben. Aber der jetzige Eigentümer Gijora Padovicz ist ihnen zuvorgekommen und hat das Haus 2008 gekauft. Als Kompromiss wurde ein zehnjähriger Pachtvertrag ausgehandelt. Ende 2018 ist dieser ausgelaufen. Am 15. November 2019 war der erste Gerichtstermin über die Räumungsklage. Dieser wurde massiv gestört und letztlich verschoben, weil die Berliner Polizei unsere Prozessvertreter*innen vor dem Gerichtsprozess verhaftete, weshalb sie nicht anwesend sein konnten. Nun wird im Januar 2020 weiter verhandelt. Juristisch haben wir keine Chance weil das Eigentumsrecht von Gijora Padovicz im Gesetz mehr zählt als unser Bedürfnis nach Wohn-, Schutz- und Organisationsraum. Er treibt die Räumungsklage aktiv weiter voran und bekommt leider auch von Politik und Polizei Rückenwind.

Gijora Padovicz ist ja berüchtigt, nicht nur in Friedrichshain, sondern in ganz Berlin. Fast 700 Häuser gehören ihm. Er ist ein bedeutender Akteur der Verdrängung. Nicht nur die Liebig34 ist von ihm betroffen, sondern auch viele andere Mieter*innen. Insofern kämpft Ihr ja auch zusammen mit diesen und für die Anwohner*innen hier im Kiez, die ja vor der gleichen Bedrohung wie Ihr stehen. Seht Ihr das auch so?

Wir sehen das auch so. Gentrifizierung als ein Auswuchs von Kapitalismus betrifft nicht nur uns. Einerseits ist für uns die gemeinsame Organisierung mit anderen Menschen, die in Padovicz Häusern wohnen wichtig, andererseits auch mit Menschen, die ebenfalls von Gentrifizierung betroffen sind. Denn Padovicz ist ja nicht nur der einzige Immobilienspekulant. Er hat schon krasse Maßnahmen veranlasst, wie zum Beispiel Gasleitungen ansagen, um Leute aus ihren Häusern rauszuekeln. Padovicz ist ein berüchtigter Spekulant aber eben nur einer von vielen. Aus diesem Grund wollen wir uns mit allen Menschen in der Nachbar*innenschaft und darüber hinaus organisieren, die von Gentrifizierung betroffen sind. Es gibt eine Vernetzung von Menschen, die in Padoviczhäusern wohnen, teilweise Hausprojekte, wie die »Scharni29«, der Kreuzziger aber auch andere Mietshäuser wie zum Beispiel am Ostkreuz und der Rummelsburger Bucht. Dort bekommen die Mieter*innen schon seit 20 Jahren nur befristete Mietverträge und

sollen rausgeekelt werden. Das sind nur ein paar Beispiele aus einer langen Liste. Daraus ist zum Beispiel der »Padovicz WatchBlog« (padowatch.noblogs.org) entstanden. Dieser Blog hat sich zum Ziel gesetzt die ganzen Machenschaften von Padovicz aufzudecken und an die Öffentlichkeit zu bringen. Und dann wollen wir auch deutlich sagen gibt es eben nicht nur die Betroffenheit von den Menschen, die in diesen Häusern wohnen, sondern zum Beispiel auch viele Arbeiter*innen die für Padovicz arbeiten, nicht bezahlt werden und in Subunternehmen miese Arbeitsbedingungen haben. Das ist nämlich auch ein wichtiger Aspekt von Ausbeutung durch einen Kapitalisten. Darüber hinaus organisieren wir uns mit den anderen

manche sagen. Grundlage davon ist natürlich auch, dass Leute die Rolle unseres Hauses im Kampf für eine Stadt von unten und gegen den wieder erstarkenden Faschismus und Anti-Feminismus begreifen. Wir wollen Präsenz zeigen, auch zusammen mit der Nachbar*innenschaft, um deutlich zu machen, dass nicht nur wir hinter dem Haus stehen. Wir freuen uns über jede Form der Unterstützung. Wir haben zum Beispiel Wimpel gedruckt, die man aus dem Fenster hängen kann. Und wir freuen uns auch wenn einfach nur Leute vorbeikommen und sich mit uns unterhalten. Oder wenn es zum Beispiel zu einer akuten Räumungssituation kommt Lärm auf dem Balkon machen, rausgucken und runter auf die Straßen



An einigen Stellen im Kiez haben wir schon L34-Solidaritäts-Wimpel entdeckt. Hier auf dem Forckenbeckplatz.

räumungsbedrohten linken Projekten in Berlin. Denn diese Stadt braucht Subkultur und nicht-kommerzielle Orte! Und nur gemeinsam sind wir stark.

Ihr macht ja fast täglich öffentliche Veranstaltungen, Diskussionen, Vorträge, Filmvorführungen und regelmäßiges Gruppenkochen für die Nachbar*innenschaft. Und versucht so das Haus ja auch für die Nachbar*innenschaft zu öffnen. Was ist denn für Euch das Wichtigste in diesem Prozess?

Es ist für uns sehr wichtig unterstützende Stimmen aus der Nachbar*innenschaft zu haben und nicht nur aus der »Szeneblase« wie es

kommen. Es ist wichtig, dass Präsenz auch aus anderen Häusern gezeigt wird. Dass gezeigt wird, dass es eben nicht nur das eine Haus gibt, das gegen die Entmietung dieses Hauses und die Aufwertung unseres Kiezes kämpft. Bei dieser Sichtbarmachung kann auf jeden Fall jede Nachbar*in und jeder Nachbar mitmachen.

Ihr habt ja schon viel unternommen. Es gibt eine stadtweite Vernetzung, zum Beispiel über den »Padovicz WatchBlog« aber wie ist bisher die Resonanz aus der Nachbar*innenschaft im Kiez? Also fühlt Ihr Euch allein gelassen oder fühlt Ihr auch die Unterstützung um Euch herum?

Es ist beides. Einerseits haben wir das Gefühl, dass der Individualismus und die Anonymität schon sehr spürbar sind, auch in unserem Kiez. Es gibt aber auch noch viel Nachbar*innenschaftskontakt aus der Zeit von 2016. Aus der extremen Zeit der Belagerung im Gefahrenegebiet. In dieser Zeit hat sich die Nachbar*innenschaft auch miteinander organisiert. Es gibt also noch Kontakt und Unterstützung. So kamen zum Beispiel sofort nach der Razzia Leute zu uns und haben uns unterstützt. Aber wir haben das Gefühl, dass sehr viele Leute die meiste Zeit doch für sich selber ihr Leben vor sich hin leben ohne sich in einem Größeren politischen Gefüge zu fühlen und danach zu handeln. Und, dass es so einen Kiez, wie er früher um 1990 einmal war, nicht mehr gibt.

Wir haben am 26. Oktober mit der Kiezkommune Friedrichshain eine Kiezbefragung durchgeführt. Unser erster Eindruck bei den Gesprächen war, dass im Kiez um den Dorfplatz die Nachbar*innen richtig Bock haben auf neue gemeinsame Perspektiven. Ein Teil der Befragten fühlt sich von der Veränderung im Kiez durch die Gentrifizierung bedroht aber verharrt noch. Es gab Sympathie für die L34.

Das ist eigentlich natürlich schön aber die Frage ist was sich für Handlungen daraus ergeben. Wir glauben das wenige Handeln spiegelt auch gesamtgesellschaftliche politische Tendenzen wider. Also diese Resignation. Was soll ich machen? Und: So lange es noch gut geht will ich mal nicht so laut was sagen. Die größte Bedrohung die Menschen im Kiez empfinden ist ausgehend von

Gentrifizierung, die Angst selbst einmal den eigenen Wohnraum wegen der steigenden Kosten zu verlieren. Politik und Medien stellen das aber leider ganz anders dar, zum Beispiel aktuell durch absurde Kriminalitätsstatistiken. Es wird suggeriert, dass die Bedrohung für die Menschen durch uns, die Hausprojekte Liebig34 und Rigaer94 ausgeht. Dieses Bild wurde über die Jahre geschürt und jetzt auch wieder. Was natürlich dazu führt, dass Menschen ausserhalb des Kiezes an eine »No-Go-Area« denken und unsere Räumung fordern statt unsere politische Relevanz vielleicht auch für sich zu sehen.

Wir in der Kiezkommune denken, dass es wichtig ist zu betonen das die Leibig34 als Projekt bedroht ist aber dass viele Padoviczmieter*innen oder auch bei anderen Vermieter*innen die gleiche Erfahrung machen. Und jetzt wäre eigentlich die Möglichkeit sich gemeinsam breiter aufzustellen, sich zu solidarisieren und Öffentlichkeit zu schaffen. Und den Kampf der Liebig34 als wichtiges Symbol für alle anderen im Kiez zu erkennen.

Es ist ja auch die Frage wie wird sich der Kiez weiterentwickeln, wenn die Projekte verschwunden sind. Die Liebig34 ist ein gut gelegenes Eckhaus in einer attraktiven Gegend und eine Sanierung und Neuvermietung würde den Mietpiegel weiter in die Höhe treiben. Denn hier können neue Eigentumswohnungen mit krassen Mietpreisen entstehen. Es ist einerseits der ansteigende Mietpiegel aber andererseits ist es auch die Frage wie wird es sich auf die Nachbar*innenschaft auswirken, wenn es keine öffentlichen Orte mehr gibt an denen man sich begegnen kann. Die Liebig34 und der Dorfplatz sind einige der wenigen Ort wo auch noch Leben auf der Straße ist.

Und das vermissen auch viele Leute. Jedenfalls die, die wir befragt haben sehnen sich danach.

Die Liebig14 ist auch zu einem recht anonymen Haus an der Ecke geworden. Wo es leider nur noch wenig Kontakt gibt.

Einerseits schafft Ihr ja Kontaktmöglichkeiten. Andererseits geht es jetzt auch darum, dass die Menschen selbst aktiv werden. Wenn ein erster Anfangspunkt überwunden ist und die ersten Wimpel aus den Fenstern hängen, dann ziehen auch mehr Leute mit.

Was für uns auch wichtig ist, und was wir von anderen Menschen auch schon als Feedback bekommen haben, ist, dass es anderen Menschen auch Kraft gibt zu sehen, dass wir kämpfen. Dass wir uns nicht alles gefallen lassen. Und das gibt uns dann auch wieder ein gutes Gefühl, dass Leute das wahrnehmen und dass das anderen Leuten auch wieder Kraft gibt. Wir freuen uns also über jede Rückmeldung aus der Nachbar*innenschaft. Von vielen FLINT*Personen haben wir gehört, dass sich für sie ganz neue Perspektiven öffnen. Dass man sich auch wehren kann ohne sich die ganze Zeit anzubiedern, dass sie sich dadurch auch bestärkt und ermutigt fühlen. Und dass ihnen unser Kampf ganz neue Gedanken eröffnet. Und das wiederum ist auch schön für uns zu hören.

Wollt Ihr zum Abschluss unseren Leser*innen noch etwas mitteilen?

Wir wollen nochmal die Besonderheit des Hauses betonen, dass es wirklich wenig autonome feministische Wohnräume gibt. Sowohl in Berlin, als auch deutschlandweit und international. Es ist wichtig, dass es solche Häuser gibt. Häuser, in denen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Möglichkeiten miteinander leben, sich solidarisieren und selbstorganisieren können. Sehr viele Punkte von Verdrängung bis feministische Selbstorganisation kristallisieren an dem Thema Liebig34. ☆

FLINT steht für Frauen*, Lesben, inter, non-binary und trans* Personen. Und ist eine Abkürzung, die nicht nur Frauen, sondern alle Personen, die vom Patriarchat unterdrückt werden umfasst.*



Ein weiterer L34-Soli-Wimpel gut sichtbar aufgehängt. Sehr schön!



Das Jugendschiff »Freibeuter« wurde an eine Reederei in Greifswald verkauft und wurde aus der Rummelsburger Bucht bereits entfernt.

Der Kampf um die Rummelsburger Bucht geht weiter!

An der Rummelsburger Bucht setzen sich viele AktivistInnen für eine neue Gestaltung ein, die den Bedürfnissen der AnwohnerInnen, zum Beispiel nach preiswertem Wohnraum, besser entspricht, als die Pläne des Bezirkes Lichtenberg. Jedoch hat am 29. April 2019 die BVV-Lichtenberg in einer von Protesten begleiteten Sondersitzung den ursprünglichen Bebauungsplan mit der Yuppieattraktion »Coral World« beschlossen.

Kurt Hartung

Was bisher geschah

Markus vom Padovicz WatchBlog ist mit den MieterInnen in der Hauptstraße 1g-i organisiert und fasst das bisher Geschehene für das »Kiezecho« wie folgt zusammen: »Insgesamt haben wir eigentlich alle realpolitischen Möglichkeiten ausgeschöpft und dachten wir sind auf dem richtigen Weg: Es gab mehrere Demos, vor Ort Begehungen mit der Bevölkerung, innerhalb von drei Wochen wurden 20.000 Unterschriften gesammelt, es gab eine Ideenwerkstatt, der Alternativplan wurde daraus gemeinsam entwickelt, es gab rechtliche Beurteilungen, im Abgeordnetenhaus wurde an einem Fachgespräch teilgenommen. Wir haben alles ehrenamtlich gemacht. Zum Teil war das Thema auch in der Berliner Presse präsent und trotzdem wurde der Bebauungsplan in seiner ursprünglichen Version beschlossen. Und jetzt bekommen wir mit dem 'Coral World' auch noch eine Touristenattraktion in den Kiez gesetzt.«

Verlegung der BVV in die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)

Regelmäßig finden die Sitzungen der BVV-Lichtenberg in der Max-Taut-

Schule statt aber diese Sondersitzung wurde kurzfristig in die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) verlegt. Um ca. 14 Uhr wurden die Studierenden darüber informiert. Sie mussten den Campus verlassen. Ab 16 Uhr gab es keine Vorlesungen mehr. Die Berliner Polizei hat alle Ein- und Ausgänge dichtgemacht. Jacky ist Aktivistin bei der Volksinitiative »Bucht für Alle« und erklärt: »Wir wollen auch der HTW gegenüber deutlich machen, dass sie dazu beigetragen hat den Protest zu behindern und den Studierenden kurzfristig die Lehrveranstaltungen wegen der BVV weggenommen hat.«

Eine Kundgebung wurde auf der Treskow-Allee vor der HTW angemeldet, sowie 10 RednerInnen für die BVV-Sitzung. Aber wichtige Leute, wie der beteiligte Architekt am Alternativplan, wurden nicht zu Wort gelassen.

Markus hat SPD-VertreterInnen im EU-

Wahlkampf nochmal direkt auf den BVV Beschluss angesprochen: »Wenn man die SPD VertreterInnen dann auf ihren Wahlkampfständen dazu versucht anzusprechen, werden sie sofort rot und bekommen wie in der BVV Schaum vor dem Mund. Sie wollten dann mit niemandem über dieses Thema mehr reden und sind total aus auf Burgfrieden. Jetzt

schotten sie sich ab und wollen mit niemandem mehr darüber reden.« »Umso wichtiger ist es sie immer wieder damit zu konfrontieren.« ergänzt ihn Jacky.

Der BVV Abgeordnete der Linken Antonio Leonhardt hat nach dem BVV eine zynische Bemerkung gemacht die das Verhältnis gegenüber der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht hat: »Jetzt rollen bald

die Bagger und den Protest halten wir auch noch aus.« Markus fragt: »Wer hat uns verraten?« Und Jacky antwortet: »Zuerst die SPD und dann die Mutlosigkeit der Linkspartei.«

»Auch für Obdachlose ist die Lichtenberger Seite der Rummelsburger Bucht einer der wenigen Zufluchtsorte: citynah, dicht an der Bahn, die Bepflanzung bietet Schutz und Rückzugsorte, es gibt eine halbwegs solidarische Nachbarschaft und es gab das Jugendschiff »Freibeuter«, wo sie auf die Toilette gehen oder sich eine Tee holen konnten.«

Jacky und Markus bringen den bisherigen Protestverlauf auf den Punkt: »Für uns hat dieser ganze Prozess mit der Lichtenberger Kommunalpolitik zu einer Klarheit geschaffen, dass wir uns auf PolitikerInnen nicht verlassen können. Und gleichzeitig hat er uns Ressourcen genommen um etwas Eigenes aufzubauen. Wir hätten den Protest seit Sommer 2018 ja auch anders fahren können und die Fläche besetzen können.«

Was bedeutet der BVV Beschluss für die NutzerInnen an der Rummelsburger Bucht?

Die meisten MieterInnen in den Padoviczhäusern der Hauptstraße 1g-i haben Verträge die befristet sind bis zum Abriss. Jetzt kann dieser sehr schnell beantragt und genehmigt werden. Es gibt MieterInnen wie Helga die hier seit 1972 wohnen und einen unbefristeten Vertrag haben. Helga wird wohl über die normalen Wege des Mietrechts herausgeklagt werden: Padovicz wird ihr Geld bieten, er wird ihr eine Wohnung anbieten, der Umzug wird organisiert. Für einzelne MieterInnen werden Lösungen gefunden werden. Wenn nicht durch Padovicz dann wird sich das Bezirksamt Lichtenberg extrem hervortun, diese Leute heraus zu bekommen. Die MieterInnen mit einer Befristung bis zum Abriss haben Pech. Die landen auf der Straße. Aktuell ist die Panik sehr groß. Aber man muss auch bedenken, dass Padovicz noch nie in einer solchen Größenordnung gebaut hat. Markus erklärt: »Wir wollen mal sehen wie er hier vier Blöcke hinsetzen will. Zuerst muss er die MieterInnen raustreiben, in den 90er hat er in Friedrichshain einen Dachstuhl dafür angezündet. Ein anderes Mal hat er den Keller ruiniert. Dann muss er die Bauanträge richtigstellen und die Finanzierung stemmen.« Jacky ergänzt: »Unseren Kampf setzten wir auf jeden Fall fort. Wenn die Baugenehmigung kommt werden wir gegen die vorgehen. Wir werden uns gegen die Kündigungen wehren. Wir werden gegen die bauvorbereitenden Maßnahmen auf den Brachen vorgehen. Da wird uns schon was einfallen wie wir die Baufirmen hier nerven können. Außerdem wollen wir an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass der Leerstand genutzt werden muss.« Ein Teil der AktivistInnen macht bei den Unterschriftsammlungen weiter, weil sie Hoffnung haben, dass die Entwick-

lungsziele auf Landesebene vielleicht doch noch geändert werden. Außerdem besetzte das Wagenplatzkollektiv DieselA einen Teil der Brache an der Rummelsburger Bucht.

Jugendfreizeitschiff »Freibeuter«

Eine Reederei in Greifswald hat nach der Räumung im Februar 2019 das Jugendfreizeitschiff »Freibeuter« erworben. Es wurde an eine andere Anlegestelle in Sichtweite der Rummelsburger Bucht verbracht und wird irgendwann aus der Stadt gebracht. Ursprünglich sollte das Schiff dem Bezirk abgekauft werden. Teil des Kaufvertrages war, dass sich die Leute einen Liegeplatz besorgen. Aber an der Spree hatten sie keine Chance mehr etwas zu bekommen. Die Liegeplätze sind bereits für viel Geld an HausbootbesitzerInnen verkauft. Aus der Bucht wollte das Bezirksamt Lichtenberg den Freibeuter weghaben, weil er die Ufervegetation gestört hat. Aber das ist doch eine Verhöhnung, wenn man sich anguckt wie das gesamte Paul und Paula Ufer zubetoniert wurde. Dafür gibt es jetzt eine »Wasserwagenburg« aus den verbliebenen Booten der »Rummelsburger Bucht Piraten«.

Der Kampf um die Bucht geht weiter

Die Initiative »Bucht für Alle« hat Ende September 2019 knapp 35.000 Unterschriften für eine Volksinitiative gegen die Umsetzung des »Bebauungsplan Ostkreuz« an das Abgeordnetenhaus Berlins ausgehändigt.

Der Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus zu Berlin werden nun durch die Volksinitiative »Bucht für Alle« aufgefordert alle Liegenschaften an der Rummelsburger Bucht im Bereich des »Bebauungsplan Ostkreuz« nachträglich für die Allgemeinheit zu sichern und eine sofortige Modifizierung der Entwicklungsziele für diesen Bereich mit Bezug auf eine umfassende gemeinwohlorientierte Entwicklung vorzunehmen. Darüber hinaus wird der Senat und das Abgeordnetenhaus dazu aufgefordert den Umgang mit den BürgerInnenprotesten gegen den



Auf der Nixenbucht, einem Abschnitt der Rummelsburger Bucht zwischen Friedrichshain und Lichtenberg, liegt das Lummerland.

»Bebauungsplan Ostkreuz« der Politik auf Landes- und Bezirksebene kritisch zu analysieren und die Schaffung effizienter demokratischer Strukturen für BürgerInnenbeteiligung, Maßnahmen für eine vollständige Informationstransparenz und die Schaffung einer »Schiedsstelle für akute Problemfälle in Stadtentwicklungsprozessen« zu planen und zeitnah umzusetzen. ☆

Eine Gruppe Obdachloser auf dem Jungendschiff »Freibeuter«





Kinderbetreuung in Berlin ist ein Problem mit System. Gerechte Bezahlung für alle ErzieherInnen!

Am 14. November haben die ErzieherInnen der Arbeiterwohlfahrt Spree-Wuhle e.V. mit 2.000 weiteren ErzieherInnen für eine Anhebung ihrer Bezahlung auf den Landestarifvertrag gestreikt. Wir sprachen mit Paula aus einer AWO KiTa in Friedrichshain über ihren Arbeitsalltag, ihren Beruf und die Erziehungsbedingungen für die Kinder.

Ein Interview von Mario Seidel

Ich bin Paula und arbeite für die Arbeiterwohlfahrt Spree-Wuhle e.V. Über Kontakte bin ich in die KiTa der AWO gekommen, weil ich dort nur Gutes über die Leute die dort arbeiten gehört habe. Es wurde mir empfohlen mich dort zu bewerben. Und das habe ich auch gemacht. Ich bin Quereinsteigerin, habe die Ausbildung zur Sozialassistentin gemacht und war vorher in der Tagespflege für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderung tätig.

Erziehungsberufe sind ja sehr schön aber können auch ziemlich anstrengend sein. Wie ist denn Dein Arbeitsalltag im Moment?

Ich finde die Arbeitsbedingungen nicht so schön. Ich habe damals die Ausbildung gemacht, weil ich Kinder sehr mag und ich gerne mit Menschen zusammenarbeite. Meine Arbeit erfüllt mich sehr. Aktuell stört mich unglaublich der

Personalschlüssel. Ich habe damals wirklich mit dem Idealismus begonnen, der mir mit Beginn der Arbeit aber komplett zerstört wurde, weil die Arbeitsbedingungen heftig waren. In Berlin gilt seit August 2016 der Personalschlüssel von 1 zu 9 bei den über Dreijährigen, momentan sieht es aber eher so aus das ein Verhältnis von 1 zu 13 realistischer ist aber auch nur wenn es keine Krankmeldungen, etc. gibt. Doch das eigentliche Problem dabei ist, das selbst dieser angestrebte Schlüssel von einer ErzieherIn auf 9 Kinder eine wirklich qualitativ hochwertige Betreuung die den Kindern gerecht wird, nicht wirklich zulässt.

Die AWO ist ja entstanden aus der historischen ArbeiterInnenbewegung und präsentiert sich auch als sozialen Arbeitgeber. Wie erlebst Du das in Deiner KiTa, wenn es zum Beispiel um Forderungen nach mehr KollegInnen geht?

Die Leitung ist sehr bemüht gut ausgebildetes Personal zu bekommen. Es fehlen aber ErzieherInnen und das ist eher das Problem. Die AWO bildet auch selbst aus. Wir haben Auszubildende die sich wohlfühlen und sogar einen eigenen Ansprechpartner haben. Die Auszubildenden haben bei uns auch mehr Freiheiten als in anderen KiTa. Was ich auch toll fand war der Streik und die Demonstration am 14. November. An diesem Streik hat sich die Geschäftsführung beteiligt. Das hat auch den Zusammenhalt zwischen den MitarbeiterInnen gestärkt. Ich bin sehr zufrieden mit allen meinen KollegInnen. Es ist ein tolles solidarisches Miteinander.

Wie ist in Deiner KiTa die gewerkschaftliche Organisation und wie groß war die Beteiligung am Streik?

Es gab ein paar KiTas die komplett zugemacht haben, damit sich alle am Streik beteiligen können. Das war großartig, denn dadurch steigt die Aufmerksamkeit bei den Eltern. In unserer KiTa haben wir eine Notbetreuung angeboten, die aber auf ein Minimum reduziert war. Das hat dazu geführt, dass fast alle ErzieherInnen am Streik teilnehmen konnten. Auch Eltern haben sich an dem Streik beteiligt und unsere Forderungen unterstützt.

Wie ist denn der Streiktag selbst verlaufen?

Wir haben eine Demonstration mit mehreren Kundgebungen organisiert. Am Lustgarten sind wir gestartet, am Roten Rathaus haben wir eine Kundgebung gemacht und sind von dort Richtung Mitte weitergezogen.

Wie haben in Deiner KiTa die Eltern auf den Streik reagiert?

Es gab ein paar Eltern die uns gerne unterstützt haben und auf der Demonstration mitgelaufen sind. Erstmal war es großartig, dass die Eltern mitgemacht haben und ihre Kinder früher abgeholt haben, denn wir hatten am Streiktag nur bis 13 Uhr geöffnet. Von dort haben sich einige Eltern mit ihren Kindern direkt an der Demonstration beteiligt. Darüber haben wir uns sehr gefreut.

Zurzeit sind viele KiTa und Kinderläden von Verdrängung betroffen. War das auch ein Thema auf der Demonstration?

Der Streik hatte nur das Ziel der Lohnangleichung mit dem Land Berlin. Aber das stimmt, dass aktuell viele Kinderläden von der Gentrifizierung betroffen sind. Viele Kinderläden sind im Dachverband DaKS e.V. organisiert und mit denen haben wir noch nicht kommuniziert. Auf die freien Träger wird sich oft verlassen, um Missstände die durch das Land Berlin verursacht werden, aufzufangen und trotzdem bekommen wir weniger Geld.

Drei KiTa der AWO befinden sich in der Liebigstraße also ganz in der Nähe der Hausprojekte Rigaer94 und Liebig34. Habt Ihr als KiTa auch einen Bezug dazu.

Wir haben mit den Hausprojekten keine Probleme.

Gibt es denn neben dem Arbeitskampf weitere Themen die Euch in der KiTa beschäftigen?

Dem Land Berlin fehlen ganz viele KiTa-Plätze und es versucht gerade ganz viele zu schaffen. Daraufhin haben das Land Berlin und viele freie Träger damit begonnen viel Geld zu investieren. Unsere KiTa wird zurzeit aufwendig renoviert, gedämmt, erweitert und der Garten erneuert. Aktuell haben wir 160 Kinder in unserer KiTa und werden danach 200 Plätze haben. Das bedeutet aber auch, dass wir neue ErzieherInnen brauchen.

Warum bist Du noch nicht gewerkschaftlich organisiert?

Ich finde die DGB-Gewerkschaften sehr reformistisch. Ver.di stellt zum Beispiel schwache Forderungen und knickt auch schnell ein. Ich wünsche mir kämpferi-



Die Geduld der ErzieherInnen war am Ende: Erst Streik, dann Tarifdurchbruch - danach monatelanges Warten auf Gehaltsanpassungen

»Ich finde die DGB-Gewerkschaften sehr reformistisch. Ich wünsche mir kämpferischere Gewerkschaften.«

schere Gewerkschaften. Ich habe überlegt in die GEW einzutreten, denke auch noch weiter darüber nach und bin mir aber noch nicht sicher. Ich finde, dass die Gewerkschaften eher dem Kapital dienen und die ArbeitnehmerInnen nur beschwichtigen sollen. Lange Zeit wurde für mehr Gehalt gekämpft und es gibt viele KollegInnen die sehr bodenständig sind. Die jetzt sagen: »O.k. nun ist das Gehalt in Ordnung«. Ich als junge Frau, die gerade in den Beruf eingestiegen ist, wünsche mir neben mehr Gehalt viel bessere Arbeitsbedingungen. Ich möchte gute Arbeit leisten und das kann ich nicht, da die Verhältnisse nicht stimmen, wie schon gesagt sind wir ErzieherInnen gleichzeitig für zu viele Kinder verantwortlich und das wird den Kindern nicht gerecht. Zusätzlich haben die Kinder auch einfach viel zu wenig räumlichen Platz um sich auszuleben. Das Betreuungssystem an sich müsste in Berlin und ganz Deutschland radikal verändert werden.

Was bedeutet denn das für diese Kinder?

Oberflächlich geht es ihnen gut aber ich könnte die Kinder wirklich besser pädagogisch fördern, wenn ich nicht so stark mit organisatorischen Aufgaben beschäftigt wäre. Ein großes Thema bei uns in der KiTa ist zum Beispiel die Partizipation. Und das können wir den Kindern überhaupt nicht bieten, weil wir das Personal nicht haben. Wir haben einen strikten Alltag und schaffen es darum nicht auf bestimmte Bedürfnisse der Kinder einzugehen, weil wir uns an strikte organisatorische Zeitpläne zu halten haben. Wenn wir uns so beeilen um bestimmte Sachen mit den Kindern zu schaffen wird dann auch manchmal leider der Ton etwas rauer. Ich finde das sehr traurig für die Kinder, dass die da untergehen und dadurch sehr gestresst sind.

Was ist denn ein Betreuungsschlüssel der für Euch bessere Bedingungen schafft?

Bei den Unterdreijährigen wünsche ich mir 1 zu 3 und bei den Überdreijährigen 1 zu 6. Das ist eine Halbierung gegenüber dem Schlüssel den wir derzeit haben, ich denke dann kann man die Kinder sehr viel besser fördern und ihnen auch sehr viel mehr Freiraum bieten. Zum Beispiel, wenn die eine Hälfte der Gruppe gerne raus möchte könnte die eine Erzieherin mit den Kindern rausgehen um sich draußen zu entfalten. Die andere Hälfte könnte drinnen etwas Kreatives machen. Ich möchte den Kindern vor allem mehr Freiraum geben können und sie nicht so oft maßregeln müssen, wenn wir zum Beispiel nicht gerade rausgehen können. Manchmal

habe ich das Gefühl, dass unsere Hauptaufgabe nur darin besteht zu kontrollieren ob alle Kinder da sind, während vier Kinder weinen und ich überhaupt nicht darauf eingehen kann, weil ich noch auf die anderen zehn Kinder achten muss. Das ist ganz schön anstrengend und tut mir einfach nur leid für die Kinder. Ein anderes Beispiel ist ein Kind was mit der Sprache noch etwas zurück ist und ich habe aber nicht die Zeit ihm dabei zu helfen. Wenn ich dann versuche mich mit dem in Kind eine halbe Stunde ruhig zu unterhalten kann ich das nicht,

weil in der Zwischenzeit es dort einen Konflikt oder da einen Wunsch gibt. Ich kann dann nur noch zu den Eltern sagen, dass dieses Kind logopädische Förderung braucht obwohl ich das selber gelernt habe und auch gerne machen will.

Ich habe so viele Sachen in meiner Ausbildung gelernt zu denen ich gar nicht komme. Mein Idealismus ist an die Arbeitsbedingungen geprallt. Er ist noch nicht ganz zerstört. Und so geht es vielen jüngeren Frauen, die gerade mit ihrer Arbeit beginnen. Ich glaube, dass wir alle

sehr motiviert in den Beruf gestartet sind und dass vielleicht etwas ältere KollegInnen ein bisschen betriebsblind sind.

Möchtest Du denn in diesem Beruf weiterarbeiten? Was sind Deine Perspektiven?

Mit meiner Berufswahl bin ich sehr zufrieden und möchte gerne noch lange mit Kindern zusammenarbeiten. Ich möchte mich auch in diesem Bereich weiterbilden. ☆

Bericht eines Pflegers über den Arbeitsalltag im Vivantes-Klinikum im Friedrichshain

Ein scharfer Blick auf Dauerstress und kollektive Erfahrungen

Raul Dahn

Hallo, mein Name ist Raul, ich bin 36 Jahre alt und Gesundheits- & Krankenpfleger für Intensivmedizin in Berlin. Ich habe acht Jahre lang im Vivantes-Klinikum im Friedrichshain auf einer großen Intensivstation (ITS) gearbeitet.

Berufsausbildung und erste Eindrücke auf der Intensivstation

Krankenpfleger bin ich nur zufällig geworden, denn einen expliziten Berufswunsch hatte ich nie. Nach dem

mühsamen Abschluss der Fachhochschulreife für Sozialwesen stand ich recht ahnungslos da. Ein Glück konnte ich daraufhin den Zivildienst in einer Hauskrankenpflege in Kreuzberg leisten. Der plötzliche Kontakt mit hilfsbedürftigen Menschen aus allen sozialen Schichten war überwältigend. Man bekam einen Einblick in das Leben hinter den Berliner Altbaufassaden. Die Leute und die Erfahrungen dort bewegten mich dazu, mich für die Ausbildung zum Gesundheits- & Krankenpfleger zu bewerben. Dank meines

ausgezeichneten Arbeitszeugnisses der Hauskrankenpflege und meinem miserablen Hochschulreifeabschluss (5 in Mathe) war Vivantes die einzige Krankenpflegeschule, die mir eine Chance gab. Damals waren die Anforderungen für einen Ausbildungsplatz noch etwas höher als heute und die Not gefühlt noch nicht zu groß.

Die dreijährige Ausbildung von 2007 bis 2010 war eine aufregende, schöne und prägende Zeit, an die ich gerne zurückdenke. Ich hatte zuvor noch nie wirklich ein Krankenhaus betreten, hatte keine Ahnung vom beruflichen Alltag oder von den komplexen theoretischen Inhalten. Durch das medizinische Wissen erwirbt man einen ganz anderen Blick auf den menschlichen Körper.

Eines Tages hatte ich dann einen Einsatz auf einer ITS im Krankenhaus Friedrichshain. Ich hatte vorher keine Ahnung was mich erwarten würde und es war ein Schock. Regungslose Körper in den Betten, das Rauschen der Beatmungsgeräte, die Bettplätze

»Oft muss man im Alltag 110% geben, um den Patienten irgendwie gerecht zu werden. Man verzichtet auf seine Pause, hat acht Stunden nichts getrunken und war nicht einmal auf Toilette.«

umzingelt von Medizintechnik und überall ertönen verschiedene Alarme. Der Umgang mit lebensbedrohlich, schwerst erkrankten Menschen ist eine ganz besondere Herausforderung. Ich konnte mich sofort mit der Station identifizieren und wollte nach dem Examen dort anfangen.

Über die Auswirkungen des Sparkurses der Klinikleitung

Vivantes wollte eigentlich nur sehr wenige Auszubildende übernehmen. Wir konnten das damals gar nicht verstehen, sahen wir doch während unserer Praktika die Not, die auf den Stationen herrschte. Der Sparkurs der Kliniken offenbarte seine hässliche Fratze. Überall überlastetes und frustriertes Pflegepersonal. Für Menschlichkeit blieb oft nicht viel Zeit. Die Jugendauszubildendenvertretung der Ver.di organisierte mehrere Streiks, um Druck auf die Geschäftsführung auszuüben. Das erste Mal musste ich für meine Arbeit kämpfen. Wir hatten Erfolg und sehr viele wurden übernommen.

Das Leben der Patienten auf der ITS ist oft ein Akt auf Messers Schneide. Die Patienten sind rund um die Uhr auf die Betreuung von Pflegenden und Ärzten angewiesen. Mindestens eine oder mehrere Organfunktionen werden unterstützt oder übernommen, um das Überleben zu sichern. Viele Menschen schaffen es nicht. Meine erste Erfahrung mit dem Tod war ein junger Mann, genauso alt wie ich, der am Ostbahnhof als Radfahrer von einem Auto überfahren wurde. Der Körper wurde auf Station noch am Leben erhalten, aber der Schaden am Hirn war zu groß und irreversibel und der Patient verstarb. Für seine weinende Mutter schnitt ich eine Locke von seinem blutigen Kopf. So etwas läuft einem eiskalt den Rücken herunter und lässt einen anfangs nicht so schnell los.

Dauerstress und kollektive Erfahrungen

Oft muss man im Alltag 110% geben, um den Patienten irgendwie gerecht zu werden. Man verzichtet auf seine Pause, hat acht Stunden nichts getrunken und war nicht einmal auf Toilette. Anerkennung gibt es dafür nicht oder viel zu selten. Kein Arzt, der dir auf die Schul-

ter klopft und sagt, das hast du gut gemacht, Danke. Die Patienten können einem ja nur selten Feedback geben. Also habe ich immer versucht, meine Patienten so gut wie ich es kann zu pflegen. Aus der Bibel abgeleitet, pflege jeden so wie dich selbst. Also Patienten sollten auch optisch gut gepflegt sein und sollten so viel Therapie wie möglich erfahren. So konnte ich wenigstens am Feierabend zu mir sagen, ich habe mein Bestes gegeben und konnte mit gutem Gewissen nach Hause gehen.

Ein Glück hatte ich immer ein tolles Team an meiner Seite. Dann wurde die Station vergrößert und der Arbeitsaufwand wurde größer. Gefühlt betreute man jetzt im Frühdienst nicht mehr zwei, sondern drei Patienten, nachts sogar vier. Trotzdem war es ein schönes Arbeiten. Immer mehr junge Kollegen brachten Dynamik und Freude in den

in Kliniken mit besseren Bedingungen arbeiten. In den letzten Jahren kamen und gingen die Kollegen, die Fluktuation war groß.

Ein Interesse der Klinik, daran etwas zu ändern, schien es nicht zu geben. Einmal riefen wir eine Notsitzung mit der Pflegedienstleitung ein, ein Hilfeschild über die katastrophalen Arbeitsbedingungen. Die Leitung sagte am Ende nur, Hauptsache die Medikamente laufen und niemand stirbt. Hätte die Arbeit einen solchen Qualitätsanspruch, würde sie die Schulnote 4- bekommen. Wer möchte so gepflegt werden? Diese Leitung verbot es uns auch, die Personallücken mit Leiharbeitern zu füllen. Das Personal sollte dies kompensieren und wurde völlig verheizt.



Immer im Stress: Viele PflegerInnen können sich nicht vorstellen unter den beruflichen Belastungen ihren Beruf fortzusetzen

Arbeitsalltag. Junge Kollegen profitierten vom Wissen der Erfahrenen und anders herum. Durch die Teamstärke konnten wir die Belastungen des Alltags gut puffern. Wir traten für einander ein und halfen uns aus. Man hatte sich nie allein gefühlt. Auch außerhalb der Arbeit unternahmen wir viel. Es war sehr schön.

Viele Kollegen konnten sich jedoch nicht vorstellen ihre Zukunft unter diesen beruflichen Belastungen und dem Dauerstress fortzuführen und gingen. Entweder wollten sie studieren oder

Frustration und gewerkschaftliche Organisation

Dass es so nicht weitergehen kann, war allen klar, nur etwas dagegen tun wollten die wenigsten. Der Gewerkschaft Ver.di gehörte fast niemand an. Auch der Betriebsrat wurde hämisch behängt, bzw. fühlten sich die Kollegen dort nicht vertreten. Sie waren sogar genervt vom Betriebsrat und dessen Kleinkariertheit, z.B. bei der Kontrolle der Dienstpläne.

Ich habe deren Arbeit anders wahr-

genommen. Es waren engagierte Arbeiter. Von der Putzfrau über die Physiotherapeutin bis zur Krankenschwester waren diese gewillt, mit Hilfe der Gewerkschaft die Arbeitsbedingungen zu verbessern und dafür zu streiken. Und so kam es auch, es wurde Streik angeordnet! Von meinem 60-köpfigen Team waren vielleicht zwei dabei. Sehr ernüchternd. Wer kümmere sich dann um die Patienten, hieß es. Was soll das schon bringen? Bringt doch eh nichts. Das hörte man immer wieder von den älteren Kollegen. Manche hatte sogar Angst vor Repressalien des Arbeitgebers. Diese devote Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber konnte ich mir immer nur mit der DDR-Vergangenheit der meisten Kollegen erklären. Arbeit hat einen ganz anderen Stellenwert in deren Leben. Durchhalten ist die Devise, aber nicht beim Streiken, sondern beim Arbeiten. Hauptsache man kann meckern.

In mir wuchs die Frustration ebenfalls stetig. Zu oft bin ich fix und fertig und mit den Nerven am Ende nach dem Feierabend nach Hause. Immer öfter hatte ich schlechte Laune nach dem Feierabend und konnte nicht abschalten. Schlafstörungen kamen dazu.

Nachts lag ich wach im Bett, schlecht gelaunt und demotiviert und habe mir Szenarien für den Dienst vorgestellt, die mich richtig nerven würden. Oft traten diese dann auch ein. Ich war schon vor Dienstbeginn genervt. Vor ein paar Jahren hätte ich niemals daran geglaubt, zu gehen. Ich hatte mich mit der Arbeit, den Kollegen und der Station identifiziert. Ich hatte eine Reputation, war ein angesehener Mitarbeiter und hatte trotzdem viel Spaß. Es gab auch weiter viele schöne und lustige Momente auf Arbeit. Aber das Negative schien immer mehr zu überwiegen. Mir war jedoch klar, dass ich etwas ändern musste.

Ich tat das, was viele Kollegen taten. Ich ging in die Zeitarbeit. Das heißt, ich arbeite auf sämtlichen Intensivstationen in Berlin und helfe dort aus. Meine Bezahlung ist besser, ich bestimme meinen Dienstplan komplett selber und gehe nur an den Tagen arbeiten, an denen ich möchte.

Erlauben tut dies das völlig desolate Gesundheitssystem. Es fehlt überall an Fachkräften und die Kliniken sind auf Zeitarbeiter angewiesen. Anders können sie ihrem Versorgungsauftrag

nicht nachkommen. Und es ist günstiger als festes Personal. Natürlich nur auf sehr kurze Sicht. Mir geht es aktuell damit viel besser, weil es mit dem Familienleben besser vereinbar ist. Des Weiteren habe ich mit all den Quereleien auf Station nichts mehr zu tun und die mangelhaften Zustände tangieren mich auch nur wenig. Ich bin Dienstleister. Ich versuche überall mein Bestes zu geben. Die Qualität leidet dadurch natürlich. Du kannst nirgends gleich gut und effizient arbeiten, wenn du die Gegebenheiten vor Ort nicht kennst. So gesehen wäre es für die Patienten besser, die Kliniken würden ihr Personal besser bezahlen und behandeln, damit diese von derer Expertise besser profitieren können.

Ich vermisse meine alte Reputation auf Station und all die Späße, die ich mich dadurch erlauben konnte. Die Kollegen die man schon seit Jahren kennt. Alles, was man hat, wenn man im festen Team arbeitet. Die Station kannte ich in und auswendig und jeder Handgriff saß. Das war echt toll. Eine Rückkehr ist für mich jedoch aktuell nicht vorstellbar. Ich fühle mich für meine Arbeit zum ersten Mal angemessen und fair bezahlt. ☆

BUCHTIPP

Mieterkämpfe Vom Kaiserreich bis heute Das Beispiel Berlin

Philipp Mattern (Hg.)

Wohnungsnot, explodierende Mieten und die Verdrängung von MieterInnen sind brennende Themen unserer Zeit – genauso wie der andauernde Protest dagegen. Doch dass MieterInnen auf die Straße gehen und Widerstand gegen Hauseigentümer, Investoren und eine unsoziale Wohnungspolitik leisten, ist nicht neu. Zahlreiche der meist vergessenen Kämpfe stellen uns die AutorInnen des Buches vor: Neben den legendären Blumenstraßenkrawallen 1872 und den Mietstreiks der Weimarer Republik wird der Widerstand gegen die Sanierungspolitik West-Berlins und die Aufhebung der Mietpreisbindung thematisiert. Geschildert werden auch die Kämpfe migrantischer MieterInnen und der BewohnerInnen von Großsiedlungen um menschenwürdi-

ge Wohnverhältnisse. Vom sogenannten Schwarzwohnen in der DDR, den Hausbesetzungen der 1980er und 90er Jahre und den Wir-bleiben-Alle-Kampagnen der Wendezeit wird der Bogen geschlagen bis in die Gegenwart. Das Buch nimmt eine historische Spur auf, die Berlin bis heute prägt. Es erläutert Zusammenhänge und stellt Gegenwartsbezüge her: Was waren die konkreten Anlässe und Hintergründe? Wer die Akteure und was ihre Motive? Und was lässt sich aus den Kämpfen vergangener Jahrzehnte lernen?

Philipp Mattern (Hg.) – »Mieterkämpfe: Vom Kaiserreich bis heute – Das Beispiel Berlin« erschienen im Verlag Bertz und Fischer 2018, 212 Seiten, 30 Fotos, 8,00 Euro

Der Herausgeber Philipp Mattern ist Redakteur der Zeitung »MieterEcho« der Berliner MieterGemeinschaft e.V. Die Bezirksgruppe der BMG Friedrichshain trifft sich jeden 3. Donnerstag im Monat um 19:30 Uhr im Stadtteilbüro in der Warschauer Str. 23. Interessierte und neue MitstreiterInnen sind herzlich willkommen!



Schafft eins, zwei, drei, viele Kiezkommunen!

Ausgangspunkte einer neuen Kultur und neuer Ideen, die der kapitalistischen Vereinzelung starke gesellschaftliche Kollektive entgegensetzt

Maria aus der Kiezkommune Friedrichshain

Du fühlst Dich von Deinem Chef und Deinem Vermieter ausgezogen? Du bekommst Würge- reiz, wenn Du den Elendsverwaltern der etablierten Parteien, zuhören musst? Du hast das Gefühl, die großen etablierten Medien erzählen Dir jeden Tag den selben Schwachsinn, der nichts mit Deinem Leben zu tun hat? Willkommen, Du bist damit nicht allein!

Du bist arm, weil sie reich sind!

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts PEW im April 2019 zeigte: 43% aller Befragten sind »unzufrieden« mit dem, was uns hierzulande als »Demokratie« verkauft wird – 17% mehr als noch ein Jahr zuvor. Der Eindruck trügt nicht: wer in diesem Land etwas zu sagen hat, das bist nicht Du und das sind nicht wir! Immobilienkonzerne gestalten unsere Städte, Waffenschmieden und Kriegslobbyisten die Außenpolitik. Wer wie lange und für welchen Lohn arbeitet, handeln die milliardenschweren Bosse mit den korrupten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern aus.

Das Ergebnis ist einfach: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Milliarden fließen in die von den USA diktierte Aufstockung des Rüstungsetats, Konzern- und Bankenchefs gönnen sich Boni in Millionenhöhe. Und wir müssen an jedem Monatsende die letzten Ersparnisse zusammenkratzen. Wenn Du Frau oder Migrant bist, hast Du es noch eine Nummer härter, denn Du wirst schlechter bezahlt und sexistische sowie rassistische Gewalt drücken Dich weiter nach unten.

Was tun?

Die eigentlich einfache Losung lautet: Gegenmacht aufbauen! Wir müssen uns so organisieren, dass wir zwei Dinge leisten können: Zum einen



Die Kiezkommune aufbauen: Im August 2018 haben wir uns an den Protesten gegen den Mietenwahnsinn beteiligt

müssen wir gemeinsam in unserem Kiez verhindern können, was uns nicht passt: Zwangsräumung, Lohndrückerei, Polizeirepression. Zum anderen müssen wir etwas aufbauen, was unserem Zusammenleben nützt: Offene solidarische Orte ohne Konsumzwang, gemeinsamer Sport, gemeinsame Aus- und Weiterbildung und vieles mehr.

Die Orte, an denen wir das können, hießen in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer Kommunen oder Räte. Von der Pariser Kommune von 1871, über die russischen Sowjets 1917, die Münchner Räterepublik 1919, bis in die Gegenwart in Mexiko, Venezuela und Kurdistan schlossen sich Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, Soldaten und Bauern in Kommunen und Räten zusammen, um Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung zu beenden.

Warum sollen wir das heute und in Deutschland nicht können? In Berlin haben wir begonnen in vier Stadtteilen Kiezkommunen aufzubauen und organisieren dort Proteste gegen Verdrängung, Massentourismus in unseren Vierteln und den Ausverkauf unseres Lebens an die Bosse und Vermieter, sowie Sport für Jugendliche und Möglichkeiten für Frauenselbstorganisation.

Das ist erst ein kleiner Anfang. Das Ziel muss sein: In jedem Viertel, jedem Stadtteil in diesem Land muss es eine, zwei, drei Kiezkommunen geben. Den Kommunen geht es dabei sekundär um einen lebenswerten schönen Kiez. Vielmehr müssen sie Ausgangspunkte einer neuen Kultur und neuen Ideen sein, die der kapitalistischen Vereinzelung starke gesellschaftliche Kollektive entgegensetzen. In dem politische Fragen nicht fernab der Basis von oben nach unten durchregiert werden sondern es gewählte Räte gibt und wir gemeinsam Antworten auf diese Fragen finden. Wir müssen beginnen hier in den Metropolen und auch in den Kleinstädten und Dörfern im ganzen Bundesgebiet Gesellschaftlichkeit neu zu leben. Nur so, zusammen! Können wir die Lügen der Faschisten demaskieren und den Kapitalismus überwinden, der uns zu einem Leben in Abhängigkeit und Perspektivlosigkeit verdammt. Eine andere Welt ist möglich!

Kommt zur Kiezkommune! ☆

Blog:
kiezkommune.noblogs.org

E-Mail:
friedrichshain@kiezkommune.org

Wer nicht untersucht, hat kein Recht mitzureden!

Eine Einführung in die Militante Untersuchung

Stefan aus der Kiezkommune Friedrichshain

Marx und die 99 Fragen

Wie so oft beginnt auch diese Einführung mit Karl Marx. Dieser sah schon sehr lange eine unbedingte Notwendigkeit empirisch zu erfassen, wie es denn wirklich bestellt ist um die europäische Arbeiter*innenklasse. Bei dieser Idee geht es ihm also in erster Linie um eine praktische Feststellung der Bedürfnisse der Arbeiter*innen, seiner Zeit. Letztendlich entwickelte Marx im Jahr 1880 einen Fragebogen und startet damit eine der ersten gesellschaftskritischen Sozialforschungen. Er verfasste knapp 100 Fragen über die Lebenssituation, die Situation auf Arbeit in den Fabriken und Bergwerken. Es ging aber auch - und das ist entscheidend - um den Organisationsgrad der Arbeiter*innen. Dieser Fragebogen wurde dann zwar an viele Ortsverbände von Gewerkschaften aus ganz Frankreich versendet doch durch die sehr unverbindliche Art gab es kaum Rücklauf und relativ schnell war auch kein Geld mehr da für diese Initiative. Obwohl auch in verschiedene Sprachen übersetzt verschwand der Fragebogen schließlich und die Idee wurde vergessen. Erst 1933 wurde sie durch die kommunistischen Internationale wieder aufgegriffen, die den Fragebogen dann zumindest veröffentlichte.

Onkel M und die Bauern

Ein paar Jahre vor dieser Veröffentlichung, 1927 in der südchinesischen Hunan Provinz, untersuchte Mao Tse-tung die örtliche Bauernbewegung, die auf eine lange Tradition von Aufständen zurückblicken kann. Die Aktivist*innen um Mao waren direkt vor Ort und sprachen mit den Bewohner*innen der Dörfer. Die Ergebnisse dieser sehr umfangreichen Untersuchung wurden letztlich die Grundlage für Maos Einsicht, das nicht nur die Arbeiter*innen in den Städten diejenigen sind, die eine revolutionäre Bewegung zu gestalten und die

Revolution zu tragen haben, sondern dass diese Rolle in einem Land wie China, ohne entwickelte Industrie, von Bauern gespielt werden muss. Wenn wir uns den Ausgang des chinesischen Bürgerkrieges ansehen, hatte er wohl nicht ganz unrecht. Neben dieser erfolgreich ausgewerteten Untersuchung gab es natürlich auch den ganz praktischen Nutzen für Mao, dass er durch die Reisen in der Hunan Provinz auch die Menschen kennenlernte und persönliche Beziehungen aufbauen konnte.



Transparent in Erinnerung an die kämpfenden Genoss*innen von FIAT – Mirafiori in Turin

»Inwieweit sind sich Arbeiter*innen in Konfliktmomenten bewusst, dass durch ihre Solidarität andere dem Kapitalismus entgegen gesetzte solidarische Gesellschaftsformen möglich sind?«

Lektion in Demut

Im Italien der 1950er und 60er Jahre wurde die Idee, durch eine konkrete Untersuchung mit Menschen in Kontakt zu kommen und mehr über ihre Lebensbedingungen herauszufinden, erneut forciert. Im Italien der 50er Jahre rumorte es nämlich ein bisschen aber eine eigentlich starke Arbeiter*innenbewegung und eine sehr starke Kommunistische Partei zerlegten sich gegen Ende der 50er Jahre selbst. So das dringend neue Methoden

und Instrumente gesucht wurden.

Der Faschismus in Europa war 1945 unter großen Opfern besiegt worden, meinte man zumindest. Die Republik in Italien wurde mit Hilfe der Kommunistischen Partei gegründet, doch schon 1948 kam es zu einem kalten Putsch und die Kommunist*innen und Sozialist*innen wurden aus der Regierung gedrängt. Im aufziehenden kalten Krieg entschied sich die PCI (Kommunistische Partei Italien) einen dritten, einen italienischen Weg zwischen den Blöcken zu gehen. Damit erreichten sie aber jedoch das komplette Gegenteil von dem was sie eigentlich erreichen wollte. Die Isolierung nach außen wurde verstärkt und die praktische Politik der PCI wurde immer reformistischer. Konkrete Folgen waren eine Entsolidarisierung der Partei mit Arbeiter*innen und Landlosen bei Streiks und Landbesetzungen verbunden mit extremer Passivität bei Repression gegen eben diese Streikenden und Besetzer*innen. Außerdem hatte die Partei völlig verschlafen, dass in den 50er Jahren die Produktionsprozesse in den Fabriken massiv umstrukturiert wurden. Es wurden Fließbänder eingeführt und die damit einhergehende Arbeit in einzelne, völlig monotone Schritte aufgliedert. Fabriken entwickelten sich zu Industriezentren wie FIAT Miafiori in Turin. Letztlich verschwand dadurch die alte Basis der PCI, die gut ausgebildeten Facharbeiter*innen die sich mit ihrer Arbeit und der Arbeiter*innenbewegung identifizierten. Sie wurden schlicht nicht mehr gebraucht, hatten es allerdings auch schon oft zu kleinem Wohlstand gebracht. Das wiederum führte zu einer Entsolidarisierung von den »neuen« Arbeiter*innen, aus Angst diesen Wohlstand wieder zu verlieren. Die Stationen der Fließbänder wurden nun hauptsächlich von jungen ungelerten und austauschbaren Bauern aus dem Süden besetzt. Diese hatten meist wenig oder keine Bezugspunkte zur »alten« Arbeiter*innenbewegung oder zur Partei. Oft lehnten sie, diese sogar ab.

Vorwärts!

Doch die Misere blieb nicht unbemerkt und einige junge Aktivist*innen entdeckten das Potential, das in den Fabriken lag. Denn woran es den un-



Unsere vorbereiteten Fragebögen

» Es geht um die Einsicht, dass die Komplexität der modernen kapitalistischen Gesellschaft ein hohes Niveau wissenschaftlicher Analyse braucht. «

organisierten Arbeiter*innen nicht mangelte, war ein sehr ausgeprägter widerständiger Geist. Dieser zeigte sich vor allem durch Arbeitsverweigerung oder »krankfeiern«, Aufgaben besonders langsam oder besonders schlecht zu erfüllen bis hin zu gezielter Sabotage der Produktion.

Aus diesen Beobachtung und Vermutungen ließ sich aber noch keine Analyse des Bewusstseins dieser neuen Arbeiter*innen ableiten. So ging es eben nicht nur um die oben erwähnte Kontaktaufnahme mit Arbeiter*innen und im besten Fall um deren Organisation. Es ging um die Einsicht, dass die Komplexität der modernen kapitalistischen Gesellschaft ein hohes Niveau wissenschaftlicher Analyse braucht. An diesem Punkt kamen die marx'schen Fragebögen wieder aus der Schublade und wurden mit neuem Leben gefüllt.

Die neu begonnenen Untersuchungen sollten eine klare wissenschaftliche

Bewertung des Bewusstseins dieser »neuen« Arbeiter*innen erreichen. Dadurch wurde die Untersuchung ständiger politischer Bezugspunkt und konnte dazu beitragen dieses Bewusstsein auf ein höheres Niveau zu heben. Was uns zu einer weiteren theoretischen Fragestellung führt. Die Frage der Soziologie.

Rainerio Panzieri der Verleger der Quaderni Rossi (Roten Hefte) und wichtiger Theoretiker des »Operaismus« sah in der Soziologie immer eine ähnlich begrenzte Wissenschaft wie die politische Ökonomie, die sich sowohl kritisieren und aber eben auch verwenden lässt. Diese marxistische Verwendung von Soziologie muss anhand der Annahme geführt werden, dass die Konflikte zwischen den Klassen in Antagonismen umschlagen und damit aufhören systemdienlich zu sein.

Potere Operaio! - Arbeitermacht!

Die italienischen Operaisten machten damit relativ deutlich, dass diese Umfragen, in einer zugespitzten Konfliktsituation durchgeführt, ein wertvolles Werkzeug sind. Schließlich besteht insbesondere in Konfliktsituationen die Möglichkeit, das Wertesystem der Arbeiter*innen zu verschieben. Was sind die wichtigen Werte vor und während eines Klassenkampfes? Warum werden alte Werte aufgegeben und neue angenommen? Besonders die Solidarität der Arbeiter*innen untereinander verknüpft mit der Ablehnung des kapitalistischen Systems muss

genauer untersucht werden. Es geht darum inwieweit sich Arbeiter*innen in Konfliktmomenten bewusst sind, dass durch ihre Solidarität andere dem Kapitalismus entgegen gesetzte solidarische Gesellschaftsformen möglich sind. Das heißt im Angesicht der auf Ungleichheit gegründeten Gesellschaft eine Gesellschaft der Gleichen zu fordern. Eins der wichtigen Ziele der Untersuchung ist also, die konkrete Dynamik zu erfassen wie ein Konflikt zum Antagonismus übergeht und dabei die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft explosiv werden lässt. Das schmälert jedoch nicht die Bedeutung der ganz praktischen Auswirkungen jeder Untersuchung: die Kontaktaufnahme, das Kennenlernen mit den Arbeiter*innen.

Der Fragebogen muss ständig erweitert und ergänzt werden dies wird immer wieder intensive theoretische Diskussionen mit Aktivist*innen und Arbeiter*innen erfordern, was eine

»Wir können das Konzept anpassen an die Kieze deutscher Metropolen und an die Dörfer und Kleinstädte der Provinz.«

wiederum für alle Beteiligten sehr gute Bildungsarbeit darstellt. Im besten Fall mündet eine Untersuchung in eine breite Organisation der Arbeiter*innen. Somit nutzt die militante Untersuchung auch Synergieeffekte von Theorie und Praxis.

Kiezbefragung

Wir können einiges von den Versuchen der Operaisten in Italien lernen. Wir können das Konzept anpassen an die Kieze deutscher Metropolen und an die Dörfer und Kleinstädte der Provinz. Es wäre eine echte Gelegenheit auf die Straßen zu ge-

hen, an den Haustüren zu klingeln und mit unseren Nachbar*innen zu reden, ihnen zu zuhören und mit ihnen zu diskutieren. In den Berliner Stadtteilen Wedding und Friedrichshain wurden von den Kiezkommunen dort schon erfolgreiche Untersuchungen durchgeführt. Es brauchte anfangs einiges an Überwindung, doch es konnten in beiden Stadtteilen wirklich gute Ge-

sprache geführt werden. In diesen Gesprächen wurde klar, dass sich anhand der Eigentumsverhältnisse von Wohnraum und der prekären Lage von Menschen in Lohnarbeit oder Hartz 4 Konfliktlinien auftun und sich die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft multiplizieren. Es müssen nun weitere Untersuchungen folgen und das immer mehr gemeinsam mit den Nachbar*innen. Dabei brauchen wir uns nicht auf die Kieze beschränken. Perspektivisch müssen Untersuchungen auch wieder in den Fabriken und Betrieben gemacht werden, um so die Kiezkommunen zu einer Basis erfolgreicher Massenarbeit werden zu lassen, denn »Wer nicht untersucht, hat kein Recht mitzureden!« ☆

Die Kiezkommune Friedrichshain macht ihre nächste Untersuchung am 25. Januar 2020 in der Liebigstraße.

An unserem Infostand sind wir ansprechbar und für jeden Hinweis dankbar.

Nähere Informationen findet Ihr auf der Homepage: kiezkommune.noblogs.org

Ein Plädoyer für die »Solidarische Landwirtschaft«

Die »Solidarischen Landwirtschaften« kurz »SoLaWi« sind regionale Partnerschaften zwischen Erzeuger_innen und Verbraucher_innen. Diese Partnerschaften werden vom bundesweit agierenden »Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V.« seit 2011 unterstützt, um die Idee und den Aufbau weiter voranzutreiben und die Kooperation unter den Betrieben zu stärken.

Vera Sommerfeld

Im Rahmen der Wandelwoche, welche von 17. bis 25. August 2019 in Berlin und Brandenburg stattfand und zum Ziel hatte solidarische Lebens- und Wirtschaftsweisen in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken, fand am 24. August die Veranstaltung »Schaufenster-SoLaWi« in der Regenbogenfabrik in Kreuzberg statt. Um einen Einblick in die Strukturen zu bekommen und offe-

ne Frage zu klären, begab ich mich zur Veranstaltung.

Es waren viele Erzeuger_innen mit einem Infostand und Kostproben, der von ihren SoLaWi-Ortsgruppen unterstützt wurde, vertreten. Meine erste Ge-

»Wer Interesse an der SoLaWi bekommen hat, kann sich direkt in der Kiezkommune Friedrichshain melden.«

sprächspartnerin war Stephanie Wild die das Solawi-Netzwerk mit ins Leben gerufen hatte. Sie erzählte von der 2003 gegründeten Selbstversorgergemeinschaft »Landgut Lubnitz« und den Herausforderungen, die sie bei der Umsetzung dieser Idee hatte. Damals existierten nur wenige

solcher Initiativen im deutschsprachigen Raum und so gab es kaum Anknüpfungspunkte und Erfahrungswerte auf die sie sich berufen konnte. Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung ihrer Idee stellten ihre persönliche Motivation dar, ihr Wissen zu teilen, um es anderen bei der Gründung ähnlicher Projekte leichter zu machen.

Wie funktioniert SoLaWi?

Die Vertreterinnen des »Kiez & Land« Kollektives gaben einen Einblick in ihre Organisationsstrukturen, die in ähnlicher Form bei den meisten SoLaWi Betrieben zu finden sind. Der Hof der jeden Donnerstag die Bezirke Pankow, Schöneberg und Treptow mit Gemüse beliefert, wird von Grete Peschken geführt und befindet sich im mecklenburgischen Stierow. Einmal jährlich findet das sogenannte Bieterverfahren statt. Dabei wird die Kalkulation der Ausgaben für das gesamte Jahr präsentiert und die Ernteanteilseigner stimmen - in einem mehrere Runden andauerndem Verfahren - darüber ab, mit welcher finanziellen Beteiligung sie sich einbringen können. So wird auch Geringverdiener_innen die Möglichkeit geboten an der SoLaWi teilzuhaben.

Praktische Hilfe ist immer erwünscht

Die »Landeinsätze«, die beinhalten, dass die SoLaWi-Mitglieder auf dem Hof bei der Ernte helfen sind grundsätzlich freiwillig, bieten aber eine schöne Möglichkeit einen Einblick in die praktische Arbeit zu bekommen und sich und seine Familienangehörigen über landwirtschaftlichen Anbaumethoden zu bilden. Die monatlichen Kosten schwanken von Hof zu Hof und Jahr, da diese sich aus verschiedenen Kostenpunkten zusammensetzen. So gehören neben den Hofkosten, auch Mietkosten für die Abholstelle und ein kleiner Orgabeitrag für Werbe- und Homepagekosten oft dazu. Der Beitrag für einen Ernteanteil liegt bei »Kiez&Land« bei 73€ monatlich.

Finanzielle Überschussbeiträge werden, mit der Zustimmung der Mitglieder, bisher in Naturschutzprojekte investiert. Diese Art der Organisation ermöglicht der Bio-Bäuerin Grete Peschken, eine Förderung für die Pflanzung von Obstbäumen zu erhalten, was ohne die überschüssigen Beiträge - die bei einer Förderung als Eigenanteil geleistet wurden - nicht möglich gewesen wäre.



In Schöneberg treffen sich die SoLaWi-Mitglieder des Hofes außerdem ein mal im Monat zum Stammtischgespräch. Die Bio-Bäuerin ist unabhängig von ihrem Engagement im SoLaWi-Kollektiv jeden Samstag in der Markthalle 9 und jeden Donnersdays auf dem Ökomarkt am Kollwitzplatz - im Sommerhalbjahr - beim Verkauf ihres Gemüses anzutreffen, da die Ernteanteile noch nicht genügen, um davon den Hof zu unterhalten. Die Bäuerin ist deshalb auch für weitere Solawi-Gruppe offen.

Die SoLaWi-Gruppe um den Hof »Waldgarten« existiert bereits seit ca. 20 Jahren, beherbergt 160 Ernteanteile und der Bio-Bauer ist darüberhinaus neben seinem SoLaWi Engagement auch politisch sehr aktiv. Der Waldgarten liefert Obst und Gemüse und vertreibt seine Waren neben seinen Ortsgruppen in Potsdam und Berlin auch an Bioläden und auf dem Boxhage-

ner Frischmarkt. Derzeit sind die Kapazitäten jedoch vollständig ausgelastet. Eine neue Chance sich in eine Gruppe in Friedrichshain zu involvieren könnte sich zum Jahresende eröffnen, wenn die neue Jahreskalkulation vorgestellt wird und der Bauer seine Kapazitäten besser abschätzen kann.

Der Biohof »Kepos«, welcher in der Nähe von Fürstenberg an der Havel zu finden ist, befindet sich gerade in der SoLaWi-Gründungsphase und ist auf der Suche nach neuen Mitgliedern. Nächstes Jahr im April oder Mai soll es bei ihnen losgehen.

Von den vor Ort vertretenen SoLaWis war der Zusammenschluss von vier Zulieferhöfen und insgesamt 50 Gruppen mit 500 Abnehmer_innen in Berlin, Potsdam, Halle und Leipzig mit dem Namen »Sterngartenodyssee« wohl am größten. Dieses SoLaWi-Kollektiv gründete sich im Jahr 2013 und beherbergt drei Gemüselieferbetriebe und einen Obstbetrieb. Letzterer wird ausschließlich über die Mitgliedsbeiträge der Ernteanteile getragen. Die Organisationsstruktur dieser Höfe ist gut umgesetzt da sie eine hauptamtliche Person für die Logistik eingestellt haben, um die Aufgabenflut zu bearbeiten. In Berlin existieren 40 Gruppen die von der »Sterngartenodyssee« beliefert werden. Neben der Produktion von Gemüse und Obst werden noch Eier und Saatgut zum Verkauf angeboten. Die Mindestanzahl von fünf bis sechs Personen reicht hier für die Gründung einer neuen Gruppe aus. In Friedrichshain gibt es bereits eine bestehende Gruppe der sich angeschlossen werden kann. Im Winter werden außerdem

»Die einzige Chance, die wir haben den Kapitalismus zu überwinden, ist die Alternative zu leben.«



Praktische Unterstützung in der Pflege und Ernte sind immer willkommen

Orangen von einem Kooperationsbetrieb aus Sizilien geliefert. Das Hofnetzwerk hat noch Kapazitäten und ist offen für neue Abnehmer_innen.

Die SoLaWi Bewegung hatte in diesem Jahr einen guten Zulauf und konnte sich gegenüber dem letzten Jahre von 200 auf 254 SoLaWis erweitern.

Die Regeln können von jeder sich bildenden SoLaWi Gruppe neu definiert werden, daraus ergeben sich große Spielräume. Dabei finde ich den Ansatz der eine größtmögliche Beteiligung zulässt persönlich am sinnvollsten. So finde ich es gut, dass Menschen die nicht genügend Freizeit haben, um sich für die verpflichteten Stadteinsätze die Nahrungsmittelausgaben zu engagieren auch über eine höhere Beitragszahlung für einen solidarischen Ausgleich sorgen können. Damit werden die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten berücksichtigt und eine breite Partizipation ermöglicht.

Warum SoLaWi?

Die Wichtigkeit Alternativen zur bestehenden Agrarindustrie zu finden, welche durch Monokulturanbau die Böden unbrauchbar macht und einen großen Anteil am Verlust der Biodiversität trägt, scheint im Bewusstsein der

Menschen angekommen zu sein. Mit dem SolaWi Konzept wird auch ein anderes dringendes Problem thematisiert und der Gegenentwurf zum Kapitalismus im Hier und Jetzt vorgelebt und umgesetzt. Jeder kritische Geist der die Verwertungs- und Ausbeutungsstrukturen als unzumutbar und entgegengesetzt zu den eigenen Werten und Wünschen für ein glückliches Leben begreift, sollte diesen oder ähnliche Wege der Nahrungsmittelproduktion unterstützen. Die einzige Chance, die wir haben den Kapitalismus zu überwinden, ist die Alternative zu leben. Wenn sich die Konsument_innen nicht jetzt für die Agrarwende von unten stark machen, wird es bald keine Bio-Höfe mehr geben, die diesen Namen verdient haben. Die Dringlichkeit zu handeln wird angesichts der Umweltprognosen und Katastrophemeldungen immer offensichtlicher.

In einigen Diskussionen über das Thema kommt immer wieder die finanzielle Frage auf. Oftmals verstehe ich dahingehend den Unmut nicht. Alles was mit vermeintlichen finanziellen

»Mehrausgaben« zu tun hat wird viel zu oft sofort negativ bewertet. Dieses Verhalten finde ich im Kontext der Kapitalismuskritik folgenswer. Die meisten Leute sind durchaus in der Lage zu schauen wo ihre Gelder hinfließen. Oftmals ist es ein fehlender Wille und

»Die Landeinsätze, die Mitglieder auf dem Hof bei der Ernte helfen, sind grundsätzlich freiwillig, bieten aber eine schöne Möglichkeit einen Einblick in die praktische Arbeit zu bekommen und sich und seine Familienangehörigen über landwirtschaftlichen Anbaumethoden zu bilden.«

nicht die mangelnde Finanzkraft. Dementsprechend ist häufig ausschließlich eine Frage von persönlich gesetzten Prioritäten. Menschen die tatsächlich im Monat weniger als ca. 100€ für Nahrungsmittel ausgeben, sollen sich hierbei bitte nicht angesprochen fühlen. Vielleicht sollte vor der Infragestellung des gesamten

Konzeptes recherchiert werden welche Möglichkeiten es gibt, um auch mit einem geringen finanziellen Background teilhaben zu können. Es besteht die Möglichkeit sich einen Ernteanteil zu teilen, somit können Teilnehmer_innen schon von weniger als 50€ pro Monat genügend frisches Gemüse erhalten, um davon bis zum Ende der Woche kochen zu können (Single Haushalt).

Wenn wir eine gesellschaftliche Veränderung anstreben und diese pro-

pagieren uns aber selber im privatem immer wieder dafür entscheiden finanziell solche Betriebe zu unterstützen die eben nicht auf einen guten Umgang mit der Umwelt, Tiere und Menschen im Produktionsprozess achten anstatt progressive Alternativen zu unterstützen, geben wir unsere Verantwortung ab. Dann verhält das Schimpfen auf die gesellschaftlichen Umstände im Nirgendwo und wir machen uns unglaubwürdig.

Ich für meinen Teil habe mich entschlossen! Lieber verzichte ich auf obendrein noch plastikverpackte Fertigprodukte, als dass ich weiterhin Betriebe unterstütze die nur auf Profit ausgerichtet sind und auf Kosten der Umwelt und der Arbeitnehmer_innen produzieren.

Auch als Geringverdienerin finde ich Möglichkeiten und Wege, indem ich mir einen Ernteanteil mit einer anderen Person zu teilen und die ca. 50€ für Gemüse hätte ich im Monat wahrscheinlich sowieso bezahlt. Die Umwelt, die Tiere und die geleistete Arbeit sollten es uns Wert sein.

Wie kann ich mitmachen?

Für alle Interessierten sich an einer

SoLaWi Gruppe zu beteiligen oder selber eine Ortsgruppe zu gründen, hat Stephanie Wild vom Netzwerk SoLaWi folgende Tipps gegeben:

1. Den präferierten Hof mit anderen interessierten Personen vorher anschauen, um herauszufinden, ob eine Zusammenarbeit auf den gleichen Werten und Ideen fußt.

2. Überlegen wie viel Zeit die Abnehmer_innen aufbringen können, um die Nahrungsmittel die sie erhalten auch tatsächlich zu verwerten, da die Ernteanteile teilweise so groß sind, dass sie von Singlehaushalten oftmals nicht verbraucht werden können.

3. Andere SoLaWi-Gruppen besuchen, um von den Erfahrungen zur Organisation und Logistik zu lernen, da jede Gruppe eigene Wege der Organisation umsetzt.

4. Die Frage der Versorgungswünsche vegan oder vegetarisch ganz am Anfang der Gruppengründung zu diskutieren, um ein Auflösen der Gruppe in späteren Organisationsphasen zu vermeiden.

5. Einen Ort finden der als Verteiler-

stelle die nötigen Lagerkapazitäten hat, um die Ernteanteile für einige Stunden aufzunehmen.

Wer Interesse an der SoLaWi bekommen hat, kann sich direkt in der Kiezkommune Friedrichshain melden oder beim Netzwerk Solawi informieren: Hier lassen sich leicht bereits bestehende SoLaWi Gemeinschaften finden, die noch Abnehmer suchen, zudem bietet das Portal reichlich Informationen dem Konzept. ☆

Weitere Infos zu den SoLaWis in Eurer Nachbarschaft erhaltet Ihr auf www.ernteteilen.org und wenn ihr detailliertere Infos erhalten wollt, findet ihr diese unter www.solidarische-landwirtschaft.org



Neben frischem Gemüse und Obst werden manchmal auch noch Eier und Saatgut zum Verkauf angeboten



Veranstaltungen der Kiezkommune Friedrichshain von Januar bis Juni 2020

>> Monatliche Nachbar*innenversammlung in Friedrichshain <<

An jedem Montag

27. Januar
24. Februar
23. März
27. April
18. Mai
29. Juni

immer 19:30 | Projekthaus »Kokon« der AWO auf dem Forckenbeckplatz

>> Monatliches Kiezkino der Kiezkommune Friedrichshain <<

Nächster Termin: Dienstag, den 28. Januar
Weitere Informationen und Termine findet Ihr auf unserer Homepage.

>> Besondere Termine und Aktionen <<

2. Kiezbefragung in Friedrichshain
Samstag, den 25. Januar | 11:00 | Liebigstraße

Proletarische Kantine
Montag, den 3. Februar | 19:30 | Weitere Informationen findet Ihr auf unserer Homepage.

AntiAmazon ActionDay
Freitag, den 14. Februar | Weitere Informationen findet Ihr auf unserer Homepage.

Internationaler Frauen*kampftag
Sonntag, den 8. März | Wir werden an den Aktionen teilnehmen.
Weitere Informationen findet Ihr auf unserer Homepage.

Internationaler Kampftag der Arbeiter*Innen
Freitag, den 1. Mai | Wir werden an den Demonstrationen teilnehmen.
Weitere Informationen findet Ihr auf unserer Homepage.

Tag des Sieges
Samstag, den 9. Mai | Besuch und Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow.



Vi.S.d.P.: Carola Reimann, Weidenweg 60, 10247 Berlin

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

KIEZECHO

FRIEDRICHSHAIN@KIEZKOMMUNE.ORG
KIEZKOMMUNE.NOBLOGS.ORG